

Haushalt 2010 / 2011 2. Nachtrag

- Entwurf -

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Haushaltssatzung	1001
2. Vorbericht	1006
3. Produktplan der Stadt Schwelm	1019
4. Produktübersicht - Darstellung der vom 2. Nachtrag betroffenen Produkte	2001
5. Gesamtergebnisplan	2002
6. Gesamtfinanzplan	2003
7. Ergebnisplan - Darstellung der Veränderungen	2005
8. Finanzplan - Darstellung der Veränderungen	2011
9. Produktplan - Teilpläne	2015
10. Erläuterungen	
Ergebnisplan	2021
Finanzplan	2026
11. Geänderte Produktbeschreibungen	2028
12. Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzept	3001
13. Anlagen	
Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten	4001
Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals	4002
Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen	4004

Stadt Schwelm

Entwurf

der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes
für die Haushaltsjahre 2010 / 2011

2. Nachtrag

Aufgestellt:
Schwelm, 16.03.2011

Schweinsberg
Stadtkämmerer

Bestätigt:
Schwelm, 16.03.2011

Stobbe
Bürgermeister

2. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung

der Stadt Schwelm für die Haushaltsjahre 2010 und 2011

Aufgrund des § 81 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Schwelm mit Beschluss vom folgende 2. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung vom 29.04.2010 erlassen:

§ 1

Mit dem 2. Nachtragshaushaltsplan werden

a) für das Haushaltsjahr 2010

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. Nachträge festgesetzt auf EUR
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Ergebnisplan				
Erträge	50.631.998	--	--	50.631.998
Aufwendungen	63.147.688	--	--	63.147.688
b) Finanzplan				
<u>aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>				
Einzahlungen	48.639.222	--	--	48.639.222
Auszahlungen	58.779.509	--	--	58.779.509
<u>aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit</u>				
Einzahlungen	4.641.500	--	--	4.641.500
Auszahlungen	5.862.650	--	--	5.862.650

und

b) für das Haushaltsjahr 2011

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. Nachträge festgesetzt auf EUR
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Ergebnisplan				
Erträge	50.540.904	1.664.771	--	52.205.675
Aufwendungen	62.489.089	545.400	--	63.034.489
b) Finanzplan				
<u>aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>				
Einzahlungen	48.403.540	1.642.121	--	50.045.661
Auszahlungen	58.431.051	589.118	--	59.020.169
<u>aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit</u>				
Einzahlungen	6.975.050	964.300	--	7.939.350
Auszahlungen	8.224.700	964.300	--	9.189.000

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für die Investitionen erforderlich ist, wird für das Haushaltsjahr **2010** gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 399.850 EUR nicht geändert.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für die Investitionen erforderlich ist, wird für das Haushaltsjahr **2011** gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 807.050 EUR um 188.950 EUR erhöht und damit auf 996.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der bisher festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen erforderlich ist, wird für das Haushaltsjahr **2010** gegenüber der bisherigen Festsetzung von 253.300 EUR nicht geändert.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird für das Haushaltsjahr **2011** gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 262.900 EUR nicht geändert.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird

für **2010** gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 12.515.690 EUR nicht geändert

und

für **2011** gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 11.948.185 EUR um 1.119.371 EUR ermäßigt und damit auf 10.828.814 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, ist für das Haushaltsjahr **2010** auf 70.000.000 EUR festgesetzt worden.

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, ist für das Haushaltsjahr **2011** auf 70.000.000 EUR festgesetzt worden.

§ 6

Die Steuersätze werden nicht geändert.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2017 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

(Deckungsringe/Gegenseitige Deckungsfähigkeit)

Die Regelungen bleiben gegenüber den bisherigen unverändert.

§ 9

(Über- u. außerplanmäßige Aufwendungen u. Auszahlungen
sowie Verpflichtungsermächtigungen)

Die Regelungen bleiben gegenüber den bisherigen unverändert.

§ 10

(Vermerke zum Stellenplan)

Die Regelungen bleiben gegenüber den bisherigen unverändert.

§ 11

(Wertgrenze für Investitionsmaßnahmen)

Die Regelungen bleiben gegenüber den bisherigen unverändert.

Vorbericht

zur 2. Nachtragshaushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2010 und 2011

1. Einleitung

Der Rat der Stadt Schwelm hat am 29.04.2010 die Haushaltssatzung, die Fortschreibung des Haushaltssicherungs – und Personalwirtschaftskonzeptes und den Haushaltsplan nebst Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 verabschiedet.

Zur weiteren Fortschreibung des Haushaltssicherungs – und Personalwirtschaftskonzeptes war die Aufstellung eines 1. Nachtrags erforderlich. Dieser wurde am 09.12.2010 vom Rat verabschiedet.

Zwischenzeitlich haben sich für das Haushaltsjahr 2011 Änderungen ergeben, die die Aufstellung eines 2. Nachtrags erforderlich machen, insbesondere ergeben sich die Änderungen aus:

- a) dem Projekt „Bahnhof“: Ausbau des zentralen Omnibusbahnhofes in Verbindung mit der Schaffung von Parkplätzen,
- b) weiterem Investitionsbedarf im Bereich des Brandschutzes,
- c) der Anpassung des Hebesatzes der Kreisumlage 2011 auf 44,96 % durch den Nachtrag zur 2. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2011 des Kreises,
- d) der Senkung der Beteiligung an den Kosten der Unterkunft im Bereich Jobcenter von 50% auf 40 % und der damit einhergehenden Neukalkulation der Zahlungen vom Kreis bzw. an den Kreis und
- e) den Auswirkungen der 1. Proberechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011.

In den nachfolgenden Unterlagen werden neben den ergebniswirksamen Veränderungen durch den 2. Nachtrag zum Haushaltsplan 2010/2011 auch die aktuellen Entwicklungen im Investitionsbereich dargestellt.

2. Wesentliche Änderungen durch den 2. Nachtrag

a) Das Projekt Bahnhof

Das Projekt Bahnhof besteht aus den Teilprojekten „Ausbau zentraler Omnibusbahnhof“ und „Errichtung Kiss & Ride-Plätze“. Nach derzeitigem Planungsstand weist es ein Investitionsvolumen von insgesamt 754.650 € auf, davon entfallen auf das Projekt „Ausbau zentraler Omnibusbahnhof“ 679.650 € und auf das Projekt „Kiss & Ride-Plätze“ 75.000 €. Dem gegenüber stehen Zuwendungen vom Land und von privaten Unternehmen i.H.v. insgesamt 722.300 €. Durch den Differenzbetrag, der durch die Stadt zu tragen ist, ergibt sich aktuell ein Kreditbedarf i.H.v. 32.350 €. Weitere Investitionsauszahlungen können sich insbesondere noch im planerischen Bereich ergeben, so dass gegebenenfalls hierfür noch Anpassungen vorzunehmen sind.

b) Weiterer Investitionsbedarf im Bereich Brandschutz

In den 2. Nachtrag sind aufgrund anstehender sicherheitsrelevanter Maßnahmen zusätzliche Investitionsauszahlungen für Brandschutzmaßnahmen eingearbeitet worden. Es ergibt sich in den Jahren 2011 bis 2013 ein Gesamtinvestitionsbedarf i.H.v. 890.400 € bei drei Objekten.

Objekt	Haushaltsstelle	2011 €	2012 €	2013 €
Gustav-Heinemann-Schule/ GHS Ländchenweg	01.01.13/0049.785110	43.000	0	84.000
Gustav-Heinemann-Schule/ GHS Holthausstraße (überwiegend Sporthalle)	01.01.13/0050.785110	155.400	86.600	139.200
Märkisches Gymnasium	01.01.13/0062.785110	240.000	142.200	0
Summe		438.400	228.800	223.200
Gesamtinvestitionsbedarf			890.400	

c) Anpassung des Hebesatzes der Kreisumlage 2011

Trotz der vorgeschlagenen Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage von 46,67 % (Stand Etatentwurf 2011 des Kreises) auf 44,96 % (Stand Nachtrag zur 2. Änderungsliste zum Etatentwurf 2011 des Kreises), musste der Ansatz für die Kreisumlage 2011 (vgl. HHSt 16.01.01.537200) aufgrund gestiegener Umlagegrundlagen (1. Proberechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011) im 2. Nachtrag von bisher 13.693.950 € um 285.250 € auf 13.979.200 € erhöht werden.

d) Senkung der Beteiligung der Kosten der Unterkunft im Bereich Jobcenter

Im Rahmen des 2. Nachtrags wurde die Beteiligungsquote der kreisangehörigen Städte an den kommunalen Leistungen im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB II ab 2011 von 50 % auf 40 % reduziert. Dies führt zu einer Aufwandsenkung i.H.v. 471.800 € von bisher 2.239.400 € auf 1.767.600 €. Gleichzeitig erhöhten sich auch die Kostenerstattungen des Kreises an die Stadt Schwelm in diesem Bereich im Planjahr 2011 von bisher 1.001.800 € um 342.200 € auf 1.344.000 €, so dass sich eine Gesamtverbesserung i.H.v. 814.000 € ergibt.

e) Auswirkungen der 1. Proberechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011

Durch die 1. Proberechnung zum GFG 2011 ergeben sich für den 2. Nachtrag im Ergebnishaushalt zunächst Verbesserungen i.H.v. 1.276.000 €. Aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen und des damit verbundenen Anstiegs der Kreisumlage (siehe oben) um 285.250 € ergibt sich eine „Netto-Verbesserung“ in Höhe von 990.750 €.

Haushaltsstelle	Bezeichnung	1. Nachtrag HHJ 2011	2. Nachtrag HHJ 2011	Veränderung HHJ 2011
16.01.01.441110	Schlüsselzuweisungen vom Land	5.164.000	6.431.000	+ 1.267.000
16.01.01.405100	Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	1.097.000	1.106.000	+ 9.000
	Zwischensumme Verbesserung			+ 1.276.000
16.01.01.537200	Allgemeine Umlagen an Gemeinden/ GV (Kreisumlage)	-13.693.950	-13.979.200	- 285.250
	„Netto-Verbesserung“			+ 990.750

Lt. Mitteilung des Städte – und Gemeindebundes Nordrhein – Westfalen vom 15.03.2011 können auf Grund des Urteils des Verfassungsgerichtshofs NRW zum Nachtragshaushalt des Landes für das Haushaltsjahr 2010 Auswirkungen auf die Beratungen zum GFG 2011 nicht ausgeschlossen werden.

Ggf. können sich hieraus auch für die Stadt Schwelm Änderungen ergeben.

3. Ausgangslage (Stand 1. Nachtrag vom 09.12.2010)

	2010 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag €	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag €
Erträge	50.631.998	50.540.904
Aufwendungen	63.147.688	62.489.089
1 Saldo Ergebnisplan	-12.515.690	-11.948.185
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	48.639.222	48.403.540
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	58.779.509	58.431.051
2 Saldo Finanzplan aus laufender Verwaltungstätigkeit	-10.140.287	-10.027.511
Einzahlungen aus Investitions- u. Finanzierungstätigkeit	4.641.500	6.975.050
Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	5.862.650	8.224.700
3 Saldo Finanzplan aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	-1.221.150	-1.249.650
Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln (Summe 2+3)	-11.361.437	-11.277.161

4. Veränderung des Ergebnisplans durch den 2. Nachtrag

4.1 Haushaltsjahr 2010

Im Haushaltsjahr 2010 wurden durch den 2. Nachtrag im Ergebnisplan keine Veränderungen vorgenommen.

a) Erträge

	2010 Festgesetzte Gesamtbeiträge einschl. 2. Nachtrag €
Steuern und ähnliche Abgaben	27.533.550
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.404.532
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.218.650
Finanzerträge	3.312.650
Sonstige ordentliche Erträge	3.044.766
Öffentlich– rechtliche Leistungsentgelte	2.336.750
Privatrechtliche Leistungsentgelte	654.100
Sonstige Transfererträge	127.000
Summe	50.631.998

b) Aufwendungen

	2010 Festgesetzte Gesamtbeiträge einschl. 2. Nachtrag €
Transferaufwendungen	24.895.630
Personalaufwendungen	15.674.376
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.482.154
Bilanzielle Abschreibungen	4.112.050
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.071.000
Versorgungsaufwendungen	1.991.292
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.921.186
Summe	63.147.688

4.2 Haushaltsjahr 2011

Durch den 2. Nachtrag ergeben sich für das Haushaltsjahr 2011 die nachfolgenden ergebniswirksamen Veränderungen.

a) Erträge	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag (€)	2011 Veränderung €	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag (€)
Steuern und ähnliche Abgaben	29.046.750	+ 9.000	29.055.750
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.748.750	+ 1.325.671	8.074.421
Sonstige Transfererträge	127.000	0	127.000
Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte	2.218.150	0	2.218.150
Privatrechtliche Leistungsentgelte	762.950	- 12.100	750.850
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.672.850	+ 369.550	5.042.400
Sonstige ordentliche Erträge	3.372.654	0	3.372.654
Aktivierete Eigenleistungen	0	+ 22.650	22.650
Ordentliche Erträge	46.949.104	+ 1.714.771	48.663.875
Finanzerträge	3.591.800	- 50.000	3.541.800
Erträge gesamt	50.540.904	+ 1.664.771	52.205.675

b) Aufwendungen	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag (€)	2011 Veränderung €	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag (€)
Personalaufwendungen	15.056.066	0	15.056.066
Versorgungsaufwendungen	2.234.500	0	2.234.500
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.785.325	- 21.750	10.763.575
Bilanzielle Abschreibungen	4.058.800	0	4.058.800
Transferaufwendungen	25.514.380	+495.700	26.010.080
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.861.018	+71.450	1.932.468
Ordentliche Aufwendungen	59.510.089	+ 545.400	60.055.489
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.979.000	0	2.979.000
Aufwendungen	62.489.089	+ 545.400	63.034.489

c) Das Jahresergebnis 2011

	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag €	2011 Veränderung €	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag €
Ordentliche Erträge	46.949.104	1.714.771	48.663.875
- Ordentliche Aufwendungen	- 59.510.089	- 545.400	- 60.055.489
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-12.560.985	+1.169.371	-11.391.614
+ Finanzerträge	+ 3.591.800	- 50.000	3.541.800
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	- 2.979.000	0	- 2.979.000
Ordentliches Ergebnis/ Jahresergebnis	- 11.948.185	+ 1.119.371	- 10.828.814

Den Ertragsverbesserungen in Höhe von 1.664.771 € (ordentliche Erträge + Finanzerträge) stehen Aufwandsverschlechterungen (ordentliche Aufwendungen + Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen) in Höhe von 545.400 € gegenüber, so dass sich durch den 2. Nachtrag eine Verbesserung des Jahresergebnisses 2011 in Höhe von 1.119.371 € ergibt.

5. Veränderung des Finanzplans

5.1 Haushaltsjahr 2010

Auch im Finanzplan wurden im Haushaltsjahr 2010 durch den 2. Nachtrag keine Veränderungen vorgenommen.

a) Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

	2010 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag €
Steuern und ähnliche Abgaben	27.533.550
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.608.682
Sonstige Transfereinzahlungen	127.000
Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	1.911.200
Privatrechtliche Leistungsentgelte	654.100
Kostenerstattungen, Kostenumlagen	5.218.650
Sonstige Einzahlungen	2.273.390
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	3.312.650
Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	48.639.222

b) Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

	2010
Personalauszahlungen	13.707.288
Versorgungsauszahlungen	1.967.300
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.887.605
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.071.000
Transferauszahlungen	25.241.380
Sonstige Auszahlungen	1.904.936
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.071.000
Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	58.779.509

c) Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit

	2010 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag €
Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.710.550
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	55.850
Sonstige Investitionseinzahlungen	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.766.400
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.875.100
Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	4.641.500

d) Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit

	2010 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag €
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	7.500
Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.415.850
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	742.900
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0
Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.166.250
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.696.400
Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	5.862.650

5.2 Haushaltsjahr 2011

Durch den 2. Nachtrag ergeben sich für das Haushaltsjahr 2011 die nachfolgenden finanzwirksamen Veränderungen.

a) Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag (€)	2011 Veränderung €	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag (€)
Steuern und ähnliche Abgaben	29.046.750	+ 9.000	29.055.750
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.935.900	+ 1.325.671	7.261.571
Sonstige Transfereinzahlungen	127.000	0	127.000
Öffentlich – rechtliche Leistungsentgelte	1.828.200	0	1.828.200
Privatrechtliche Leistungsentgelte	762.950	- 12.100	750.850
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.672.850	+ 369.550	5.042.400
Sonstige Einzahlungen	2.438.090	0	2.438.090
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	3.591.800	-50.000	3.541.800
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	48.403.540	+ 1.642.121	50.045.661

b) Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag €	2011 Veränderung €	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag €
Personalauszahlungen	13.261.210	0	13.261.210
Versorgungsauszahlungen	2.210.000	0	2.210.000
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.257.893	+ 21.968	12.279.861
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.979.000	0	2.979.000
Transferauszahlungen	25.878.180	+495.700	26.373.880
Sonstige Auszahlungen	1.844.768	+71.450	1.916.218
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	58.431.051	+ 589.118	59.020.169

c) Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag €	2011 Veränderung €	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag €
Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.357.400	+ 775.350	2.132.750
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	288.850	0	288.850
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.646.250	+ 775.350	2.421.600
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.328.800	+ 188.950	5.517.750
Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	6.975.050	+ 964.300	7.939.350

d) Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag €	2011 Veränderung €	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag €
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	7.500	0	7.500
Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.421.300	+ 1.041.800	2.463.100
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	904.000	+ 43.000	947.000
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0
Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	120.500	- 120.500	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.453.300	+ 964.300	3.417.600
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.771.400	0	5.771.400
Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	8.224.700	+ 964.300	9.189.000

e) Das Ergebnis des Finanzplanes 2011

	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag €	2011 Veränderung €	2011 Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag €
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	48.403.540	+ 1.642.121	50.045.661
- Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 58.431.051	- 589.118	- 59.020.169
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 10.027.511	+ 1.053.003	- 8.974.508
+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.646.250	+ 775.350	2.421.600
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 2.453.300	- 964.300	- 3.417.600
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 807.050	- 188.950	- 996.000
= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	- 10.834.561	+ 864.053	- 9.970.508
+ Aufnahme/ Rückflüsse von Darlehen	5.328.800	+ 188.950	5.517.750
- Tilgung/Gewährung von Darlehen	- 5.771.400	0	- 5.771.400
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	- 442.600	+ 188.950	- 253.650
= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	- 11.277.161	+ 1.053.003	- 10.224.158

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit verbessert sich um 1.053.003 € von – 10.027.511 € auf – 8.974.508 €. Der Saldo aus Investitionstätigkeit verändert sich um – 188.950 € im Vergleich zu den festgesetzten Beträgen des 1. Nachtrages. Dementsprechend erhöht sich der Kreditbedarf (Saldo aus Investitionstätigkeit) von bisher 807.050 € um 188.950 € auf 996.000 €. Insgesamt verbessert sich durch den 2. Nachtrag der Bestand an eigenen Finanzmitteln um 1.053.003 €.

6. Auswirkungen auf den Haushaltsausgleich und die mittelfristige Finanzplanung

Durch die beschriebenen Veränderungen ergeben sich die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf die Entwicklung der Fehlbedarfe ab dem HH-Jahr 2011:

Stand Fehlbedarf	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €
Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 1. Nachtrag	- 11.948.185	- 8.242.322	- 5.963.102	- 4.077.710
Festgesetzte Gesamtbeträge einschl. 2. Nachtrag	- 10.828.814	- 8.067.222	- 5.900.952	- 3.774.560
Verbesserung	+ 1.119.371	+ 175.100	+ 62.150	+ 303.150

Der Haushaltsausgleich kann weiterhin erst im HH-Jahr 2017 erreicht werden.

7. Auswirkungen auf Produktbeschreibungen

Die Produktbeschreibungen des Doppelhaushalts 2010/ 2011 beinhalteten u.a. die Darstellung von Zielen, Kennzahlen und Leistungsdaten. Sich auf diese Angaben ergebende Auswirkungen des 2. Nachtrags sind in den betreffenden Produktbeschreibungen berücksichtigt und die geänderten Beschreibungen dem vorliegenden Entwurf beigelegt worden.

Produktplan der Stadt Schwelm

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich
01	Innere Verwaltung	
01.01	Verwaltungssteuerung und Service	
01.01.01	Politische Gremien	Fr. Kaltenbach
01.01.02	Verwaltungsleitung	Hr. Stobbe
01.01.03	Gleichstellung von Frau und Mann	Frau Effert
01.01.04	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Fr. Rudolph
01.01.05	Beschäftigtenvertretung	n.n.
		Rechnungsprüfung der Kreisverwaltung
01.01.06	Rechnungsprüfung	
01.01.07	Zentraler Service	Fr. Kaltenbach
01.01.08	Technikunterstützte Informationsverarbeitung	Fr. Kaltenbach
01.01.09	Personal- und Organisationsmanagement	Fr. Kaltenbach
01.01.10	Finanzmanagement	Hr. Kuss
01.01.11	Rechts- und Versicherungsangelegenheiten der Kommune	Fr. Kaltenbach
01.01.12	Zentrales Grundstücksmanagement	Hr. R. Fischer
01.01.13	Zentrales Gebäudemanagement	Hr. R. Fischer
01.01.14	Hauptarchiv	Fr. Weidner
01.01.15	Allgemeine Personalwirtschaft	Fr. Kaltenbach
02	Sicherheit und Ordnung	
02.01	Sicherheit und Ordnung	
02.01.01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	Hr. Guthier
02.01.02	Gewerbewesen	Hr. Guthier
02.01.03	Verkehrsangelegenheiten	Hr. Guthier
02.01.04	Parkraumüberwachung	Hr. Guthier
02.01.05	Bürgerservice	Hr. Guthier
02.01.06	Personenstandswesen	Hr. Guthier
02.01.07	Statistik und Wahlen	Hr. Guthier
02.01.08	Brandschutz	Hr. Guthier
02.01.09	Allgemeiner Rettungsdienst	Hr. Guthier
02.01.10	Besonderer Rettungsdienst	Hr. Guthier

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich
03	Schulträgeraufgaben	
03.01	Grundschulen	
03.01.01	Bereitstellung der Grundschule Nordstadt	Hr. Eibert
03.01.02	Bereitstellung der Grundschule Möllenkotten	Hr. Eibert
03.01.03	Bereitstellung der Grundschule Westfalendamm	Hr. Eibert
03.01.04	Bereitstellung der Grundschule Südstraße	Hr. Eibert
03.01.05	Bereitstellung der Grundschule Engelbertstraße	Hr. Eibert
03.02	Offene Ganztagsgrundschulen	
03.02.01	Offene Ganztagsgrundschule Nordstadt	Hr. Eibert
03.02.02	Offene Ganztagsgrundschule Möllenkotten	Hr. Eibert
03.02.03	Offene Ganztagsgrundschule Westfalendamm	Hr. Eibert
03.02.04	Offene Ganztagsgrundschule Südstraße	Hr. Eibert
03.02.05	Offene Ganztagsgrundschule Engelbertstraße	Hr. Eibert
03.03	Hauptschulen	
03.03.01	Bereitstellung der Gustav-Heinemann-Schule (Gebäude Ländchenweg)	Hr. Eibert
03.03.02	Bereitstellung der Gustav-Heinemann-Schule (Gebäude Holthausstraße)	Hr. Eibert
03.04	Realschule	
03.04.01	Bereitstellung der Realschule	Hr. Eibert
03.05	Gymnasium	
03.05.01	Bereitstellung des Gymnasiums	Hr. Eibert
03.06	Förderschule	
03.06.01	Bereitstellung der Förderschule	Hr. Eibert
03.07	Allgemeine Leistungen des Schulträgers	
03.07.01	Schülerbeförderung	Hr. Eibert
03.07.02	Zentrale Leistungen des Schulträgers	Hr. Eibert
04	Kultur und Wissenschaft	
04.01	Kultur und Wissenschaft	
04.01.01	Kommunale Veranstaltungen	Fr. Weidner
04.01.02	Museum	Fr. Weidner
04.01.03	Musikschule	Fr. Weidner
04.01.04	Volkshochschule	Fr. Weidner
04.01.05	Bücherei	Fr. Weidner
04.01.06	Heimat- und sonstige Kulturpflege	Fr. Weidner

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich
05	Soziale Leistungen	
05.01	Grundversorgung und Leistungen nach dem SGB XII	
05.01.01	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen nach SGB XII	Hr. Eibert
05.01.02	Hilfen bei Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit	Hr. Eibert
05.01.03	Hilfen für Obdachlose nach SGB XII	Hr. Eibert
05.02	Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II	
05.02.01	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen nach SGB II	Hr. Scheller
05.02.02	Vermittlung in Erwerbstätigkeit	Hr. Scheller
05.02.03	Angebot von Arbeit und Qualifizierung	Hr. Scheller
05.03	Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz	
05.03.01	Hilfen für Asylbewerber	Hr. Eibert
05.04	Unterstützung von Senioren, Migranten und Obdachlosen	
05.04.01	Unterstützung von Migranten	Hr. Eibert
05.04.02	Unterstützung von Senioren	Hr. Eibert
05.04.03	Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege	Hr. Eibert
05.04.04	Bereitstellung von Obdachlosenunterkünften	Hr. Eibert
05.04.05	Bereitstellung von Übergangwohnheimen	Hr. Eibert
05.05	Sonstige soziale Leistungen	
05.05.01	Pflegeberatung	Hr. Eibert
05.05.02	Behindertenberatung	Hr. Eibert
05.05.03	Sozialversicherungsangelegenheiten	Hr. Eibert
05.05.04	Wohnungswesen	Hr. Eibert
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/ Tagesbetreuung	
06.01.01	Kinderhort	Hr. Eibert
06.01.02	Städtische Kindertagesstätten	Hr. Eibert
06.01.03	Kindertagesstätten freier Träger	Hr. Eibert
06.01.04	Tagespflege	Hr. Eibert
06.02	Kinder- und Jugendarbeit/ Jugendschutz	
06.02.01	Förderung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen	Hr. Eibert
06.02.02	Förderung von Kindern und Jugendlichen außerhalb von Einrichtungen	Hr. Eibert
06.02.03	Öffentliche Spielplätze	Hr. Eibert
06.03	Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien	
06.03.01	Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie	Hr. Eibert
06.03.02	Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge	Hr. Eibert

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich
06.03.03	Hilfe zur Erziehung	Hr. Eibert
06.03.04	Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	Hr. Eibert
06.03.05	Adoptionen	Hr. Eibert
06.03.06	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren	Hr. Eibert
06.03.07	Sonstige Maßnahmen	Hr. Eibert
06.03.08	Unterhaltsvorschussleistungen	Hr. Eibert
06.03.09	Sonstige Einrichtungen zur Förderung junger Menschen und Familien	Hr. Eibert
07	Gesundheitsdienste	
07.01	Gesundheitsdienste	
07.01.01	Krankenhäuser	Hr. Kuss
08	Sportförderung	
08.01	Sportförderung	
08.01.01	Förderung des Sports	Hr. Eibert
08.01.02	Eigene Sportstätten	Hr. Eibert
08.01.03	Hallenbad	Hr. Eibert
09	Räumliche Planung und Entwicklung/ Geoinformation	
09.01	Informelle Planung und Entwicklung	
09.01.01	Stadtentwicklungskonzept	Hr. Sormund
09.01.02	Konzepte für Teilbereiche	Hr. Sormund
09.02	Formelle Planung und Entwicklung	
09.02.01	Flächennutzungsplan	Hr. Sormund
09.02.02	Bodennutzung	Hr. Sormund
09.03	Geoinformationen	
09.03.01	Geoinformationen	Hr. Sormund
10	Bauen und Wohnen	
10.01	Bauen und Wohnen	
10.01.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	Hr. Guthier
10.01.02	Denkmalschutz und -pflege	Hr. Guthier
12	Verkehrsflächen und -anlagen/ ÖPNV	
12.01	Verkehrsflächen und -anlagen/ ÖPNV	
12.01.01	Gemeindestraßen, -wege, -plätze	Hr. Guthier
12.01.02	Landesstraßen	Hr. Guthier
12.01.03	Bundesstraßen	Hr. Guthier
12.01.04	Parkeinrichtungen	Hr. Guthier
12.01.05	ÖPNV	Hr. Guthier

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich
13	Natur- und Landschaftspflege	
13.01	Natur- und Landschaftspflege	
13.01.01	Öffentliche Grünflächen	Hr. R. Fischer
13.01.02	Öffentliche Gewässer/ wasserbauliche Anlagen	Hr. Guthier
13.01.03	Friedhofs- und Bestattungswesen	Hr. R. Fischer
13.01.04	Forstwirtschaft	Hr. R. Fischer
13.01.05	Landwirtschaft	Hr. Guthier
14	Umweltschutz	
14.01	Umweltschutz	
14.01.01	Umweltschutz	Hr. Sormund
15	Wirtschaft und Tourismus	
15.01.	Wirtschaft und Tourismus	
15.01.01	Wirtschaftsförderung	Hr. Kuss
15.01.02	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen	Hr. Kuss
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	
16.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	
16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	Hr. Kuss
16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Hr. Kuss

Darstellung der vom 2. Nachtrag betroffenen Produkte
(in der Reihenfolge der aufgeführten Buchungsstellen)

A) Ergebnisplan

Produkt Nr.	Bezeichnung
16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen
01.01.13	Zentrales Gebäudemanagement
03.02.01	Offene Ganztagsgrundschule Nordstadt
03.02.02	Offene Ganztagsgrundschule Möllenkotten
03.02.03	Offene Ganztagsgrundschule Westfalendamm
03.02.04	Offene Ganztagsgrundschule Südstraße
03.02.05	Offene Ganztagsgrundschule Engelbertstraße
03.01.05	Bereitstellung der Grundschule Engelbertstraße
04.01.05	Bücherei
05.02.01	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen nach SGB II
05.02.02	Vermittlung in Erwerbstätigkeit
05.02.03	Angebot von Arbeit und Qualifizierung
05.03.01	Hilfen für Asylbewerber
12.01.01	Gemeindestraßen, -wege, -plätze
02.01.08	Brandschutz
09.02.02	Bodennutzung
09.03.01	Geoinformationen
12.01.02	Landesstraßen
12.01.03	Bundesstraßen
12.01.04	Parkeinrichtungen
12.01.05	ÖPNV
13.01.01	Öffentliche Grünflächen
01.01.07	Zentraler Service
05.04.05	Bereitstellung von Übergangwohnheimen
15.01.02	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen
16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

B) Finanzplan

(soweit nicht bereits unter Punkt A) aufgeführt)

Produkt Nr.	Bezeichnung
01.01.08	Technikunterstützte Informationsverarbeitung
06.01.02	Städtische Kindertagesstätten
06.02.03	Öffentliche Spielplätze
06.01.01	Kinderhort
06.02.02	Förderung von Kindern und Jugendlichen außerhalb von Einrichtungen
06.03.07	Sonstige Maßnahmen

Nähere Erläuterungen zu Etatansätzen ab 10.000€ siehe ab S. 2021

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Gesamtergebnisplan		Ansatz	Ansatz			Ansatz	Ansatz	Ansatz	
		2010	2011 bisher	+	./.	2011 neu	2012 neu	2013 neu	2014* neu
1	Steuern und ähnliche Abgaben	27.533.550	29.046.750	9.000	0	29.055.750	30.525.950	32.615.150	34.051.350
2 +	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.404.532	6.748.750	1.325.671	0	8.074.421	8.294.150	8.495.950	8.763.800
3 +	Sonstige Transfererträge	127.000	127.000	0	0	127.000	127.000	127.000	127.000
4 +	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.336.750	2.218.150	0	0	2.218.150	2.210.150	2.212.350	2.212.450
5 +	Privatrechtliche Leistungsentgelte	654.100	762.950	0	-12.100	750.850	770.900	790.900	800.900
6 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.218.650	4.672.850	369.550	0	5.042.400	4.996.650	5.010.950	5.007.250
7 +	Sonstige ordentliche Erträge	3.044.766	3.372.654	0	0	3.372.654	4.364.930	4.251.468	4.225.888
8 +	Aktivierete Eigenleistungen	0	0	22.650	0	22.650	0	0	0
9 +/-	Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
10 =	Ordentliche Erträge	47.319.348	46.949.104	1.726.871	-12.100	48.663.875	51.289.730	53.503.768	55.188.638
11 -	Personalaufwendungen	15.674.376	15.056.066	0	0	15.056.066	14.627.537	14.372.335	14.094.229
12 -	Versorgungsaufwendungen	1.991.292	2.234.500	0	0	2.234.500	2.286.000	2.337.000	2.378.134
13 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.482.154	10.785.325	0	-21.750	10.763.575	10.328.125	10.436.475	10.373.475
14 -	Bilanzielle Abschreibungen	4.112.050	4.058.800	0	0	4.058.800	3.950.900	3.891.550	3.869.600
15 -	Transferaufwendungen	24.895.630	25.514.380	495.700	0	26.010.080	26.835.880	27.136.230	27.155.430
16 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.921.186	1.861.018	71.450	0	1.932.468	1.882.460	1.900.430	1.897.080
17 =	Ordentliche Aufwendungen	60.076.688	59.510.089	567.150	-21.750	60.055.489	59.910.902	60.074.020	59.767.948
18 =	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-12.757.340	-12.560.985	1.159.721	9.650	-11.391.614	-8.621.172	-6.570.252	-4.579.310
19 +	Finanzerträge	3.312.650	3.591.800	0	-50.000	3.541.800	3.566.950	3.589.300	3.675.750
20 -	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.071.000	2.979.000	0	0	2.979.000	3.013.000	2.920.000	2.871.000
21 =	Finanzergebnis	241.650	612.800	0	-50.000	562.800	553.950	669.300	804.750
22 =	Ordentliches Ergebnis	-12.515.690	-11.948.185	1.159.721	-40.350	-10.828.814	-8.067.222	-5.900.952	-3.774.560
23 +	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0
24 -	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0
25 =	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0
26 =	Jahresergebnis	-12.515.690	-11.948.185	1.159.721	-40.350	-10.828.814	-8.067.222	-5.900.952	-3.774.560

*Fortschreibung des Ergebnisplanes bis 2017 siehe S. 3022

Nähere Erläuterungen zu Etatansätzen ab 10.000 € siehe ab S. 2021

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Gesamtfinanzplan	Ansatz 2010	Ansatz 2011 bisher	+	./.	Ansatz 2011 neu	Ansatz 2012 neu	Ansatz 2013 neu	Ansatz 2014 neu
1 Steuern und ähnliche Abgaben	27.533.550	29.046.750	9.000	0	29.055.750	30.525.950	32.615.150	34.051.350
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.608.682	5.935.900	1.325.671	0	7.261.571	7.473.950	7.661.450	7.926.950
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	127.000	127.000	0	0	127.000	127.000	127.000	127.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.911.200	1.828.200	0	0	1.828.200	1.831.100	1.837.100	1.839.200
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	654.100	762.950	0	-12.100	750.850	770.900	790.900	800.900
6 + Kostenerstattungen, Kostenumlagen	5.218.650	4.672.850	369.550	0	5.042.400	4.996.650	5.010.950	5.007.250
7 + Sonstige Einzahlungen	2.273.390	2.438.090	0	0	2.438.090	2.483.140	2.497.190	2.511.240
8 + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	3.312.650	3.591.800	0	-50.000	3.541.800	3.566.950	3.589.300	3.675.750
9 = Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	48.639.222	48.403.540	1.704.221	-62.100	50.045.661	51.775.640	54.129.040	55.939.640
10 - Personalauszahlungen	13.707.288	13.261.210	0	0	13.261.210	13.327.833	13.158.282	12.912.107
11 - Versorgungsauszahlungen	1.967.300	2.210.000	0	0	2.210.000	2.260.000	2.310.000	2.350.000
12 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.887.605	12.257.893	21.968	0	12.279.861	10.548.125	10.436.475	10.373.475
13 - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.071.000	2.979.000	0	0	2.979.000	3.013.000	2.920.000	2.871.000
14 - Transferauszahlungen	25.241.380	25.878.180	495.700	0	26.373.880	27.217.780	27.539.130	27.579.430
15 - Sonstige Auszahlungen	1.904.936	1.844.768	71.450	0	1.916.218	1.936.210	1.884.180	1.880.830
16 = Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	58.779.509	58.431.051	589.118	0	59.020.169	58.302.948	58.248.067	57.966.842
17 = Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-10.140.287	-10.027.511	1.115.103	-62.100	-8.974.508	-6.527.308	-4.119.027	-2.027.202
18 + Zuwendungen aus Investitionsmaßnahmen	1.710.550	1.357.400	775.350	0	2.132.750	871.700	871.700	871.700
19 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0	0	0	0	0	1.050.000	1.050.000	1.050.000
20 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0
21 + Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	55.850	288.850	0	0	288.850	27.850	435.850	6.850
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.766.400	1.646.250	775.350	0	2.421.600	1.949.550	2.357.550	1.928.550
24 - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/ Gebäuden	7.500	7.500	0	0	7.500	7.500	7.500	7.500
25 - Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.415.850	1.421.300	1.041.800	0	2.463.100	856.950	1.142.850	276.150
26 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	742.900	904.000	43.000	0	947.000	439.850	783.850	1.005.950
27 - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0

Nähere Erläuterungen zu Etatansätzen ab 10.000€ siehe ab S. 2021

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Gesamtfinanzplan	Ansatz 2010	Ansatz 2011 bisher	+	./.	Ansatz 2011 neu	Ansatz 2012 neu	Ansatz 2013 neu	Ansatz 2014 neu
28 - Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0
29 - Sonstige Investitionsauszahlungen	0	120.500	0	-120.500	0	120.500	110.000	0
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.166.250	2.453.300	1.084.800	-120.500	3.417.600	1.424.800	2.044.200	1.289.600
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-399.850	-807.050	-309.450	120.500	-996.000	524.750	313.350	638.950
32 = Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-10.540.137	-10.834.561	805.653	58.400	-9.970.508	-6.002.558	-3.805.677	-1.388.252
33 + Aufnahme/ Rückflüsse von Darlehen	2.875.100	5.328.800	188.950	0	5.517.750	2.258.600	2.092.500	3.616.900
34 - Tilgung/ Gewährung von Darlehen	3.696.400	5.771.400	0	0	5.771.400	3.011.500	2.666.000	4.516.000
35 = Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-821.300	-442.600	188.950	0	-253.650	-752.900	-573.500	-899.100
36 = Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	-11.361.437	-11.277.161	994.603	58.400	-10.224.158	-6.755.458	-4.379.177	-2.287.352
37 + Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0	0	0
38 = Liquide Mittel	-11.361.437	-11.277.161	994.603	58.400	-10.224.158	-6.755.458	-4.379.177	-2.287.352

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Ergebnisplan	Ansatz 2010	Ansatz 2011 bisher	+	./.	Ansatz 2011 neu	Ansatz 2012 neu	Ansatz 2013 neu	Ansatz 2014 neu
1 Steuern und ähnliche Abgaben	27.533.550	29.046.750	9.000	0	29.055.750	30.525.950	32.615.150	34.051.350
16.01.01.405100 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	1.217.000	1.097.000	9.000	0	1.106.000	1.149.000	1.166.000	1.192.000
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.404.532	6.748.750	1.325.671	0	8.074.421	8.294.150	8.495.950	8.763.800
01.01.13.414167 Zuschuss v. Land KII: Gymnasium Altbau Dach-/ Fenstererneuerung	365.000	0	17.171	0	17.171	0	0	0
03.02.01.414100 Zuweisungen/ Zuschüsse für lfd. Zwecke vom Land	46.500	46.500	7.000	0	53.500	53.500	53.500	53.500
03.02.02.414100 Zuweisungen/ Zuschüsse für lfd. Zwecke vom Land	47.100	47.100	6.800	0	53.900	53.900	53.900	53.900
03.02.03.414100 Zuweisungen/ Zuschüsse für lfd. Zwecke vom Land	31.100	31.100	7.300	0	38.400	38.400	38.400	38.400
03.02.04.414100 Zuweisungen/ Zuschüsse für lfd. Zwecke vom Land	37.000	37.000	8.400	0	45.400	46.200	46.200	46.200
03.02.05.414100 Zuweisungen/ Zuschüsse für lfd. Zwecke vom Land	39.900	39.900	12.000	0	51.900	51.900	51.900	51.900
16.01.01.411100 Schlüsselzuweisungen vom Land	5.287.000	5.164.000	1.267.000	0	6.431.000	6.276.000	6.477.000	6.743.000
3 + Sonstige Transfererträge	127.000	127.000	0	0	127.000	127.000	127.000	127.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.336.750	2.218.150	0	0	2.218.150	2.210.150	2.212.350	2.212.450
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	654.100	762.950	0	-12.100	750.850	770.900	790.900	800.900
03.01.05.446100 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.400	15.100		-12.100	3.000	3.000	3.000	3.000
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.218.650	4.672.850	456.150	-102.300	5.042.400	4.996.650	5.010.950	5.007.250

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Ergebnisplan	Ansatz	Ansatz			Ansatz	Ansatz	Ansatz	
	2010	2011 bisher	+	./.	2011 neu	2012 neu	2013 neu	2014 neu
04.01.05.448200 Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen von Gemeinden (GV)	15.700	21.950	15.700		37.650	37.650	37.650	37.650
05.02.01.448200 Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen von Gemeinden (GV)	873.600	314.400	336.700	0	651.100	658.600	658.600	658.600
05.02.02.448200 Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen von Gemeinden (GV)	156.000	156.000	0	-102.300	53.700	53.700	53.700	53.700
05.02.03.448200 Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen von Gemeinden (GV)	530.400	530.400	101.300	0	631.700	631.700	631.700	631.700
05.03.01.448100 Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen vom Land	43.000	39.000	18.150		57.150	57.000	57.000	57.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge	3.044.766	3.372.654	0	0	3.372.654	4.364.930	4.251.468	4.225.888
8 + Aktivierte Eigenleistungen	0	0	22.650	0	22.650	0	0	0
12.01.01.471110 Aktivierte Eigenleistungen Ausbau Zentraler Omnibusbahnhof	0	0	20.350	0	20.350	0	0	0
12.01.01.471120 Aktivierte Eigenleistungen Errichtung K & R - Plätze Bahnhof	0	0	2.300	0	2.300	0	0	0
9 +/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	56.010.048	46.949.104	1.813.471	-114.400	48.663.875	51.289.730	62.832.318	64.809.188
11 - Personalaufwendungen	15.674.376	15.056.066	0	0	15.056.066	14.627.537	14.372.335	14.094.229
12 - Versorgungsaufwendungen	1.991.292	2.234.500	0	0	2.234.500	2.286.000	2.337.000	2.378.134
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.482.154	10.785.325	450.050	-471.800	10.763.575	10.328.125	10.436.475	10.373.475
01.01.13.521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	575.000	489.900	134.000	0	623.900	527.900	617.900	527.900
01.01.13.521121								

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Ergebnisplan	Ansatz	Ansatz			Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011 bisher	+	./.	2011 neu	2012 neu	2013 neu	2014 neu
Wartung techn. Anlagen von Gebäuden	122.400	123.600	16.400	0	140.000	140.000	140.000	140.000
01.01.13.522110 An TBS für die Unterhaltung des sonst. unbew. Vermögens	144.000	166.500	83.000	0	249.500	121.000	121.000	121.000
01.01.13.524190 Sonstige Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	84.400	80.900	76.600	0	157.500	235.650	237.150	235.650
02.01.08.522110 An TBS für die Unterhaltung des sonst. unbew. Vermögens	6.000	6.000	24.000	0	30.000	6.000	6.000	6.000
05.02.01.523200 Erstattungen f. Aufwendungen v. Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (Gemeindeverbände)	2.239.400	2.239.400	0	-471.800	1.767.600	1.767.600	1.767.600	1.767.600
09.02.02.529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	69.000	87.000	27.000	0	114.000	49.000	49.000	49.000
09.03.01.529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	16.500	2.000	14.500	0	16.500	2.000	2.000	2.000
12.01.01.522116 An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung	161.900	152.000	9.900	0	161.900	161.900	161.900	161.900
12.01.01.522119 An TBS für Winterdienst	93.000	66.000	34.000	0	100.000	100.000	100.000	100.000
12.01.02.522116 An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung	23.150	21.750	1.400	0	23.150	23.150	23.150	23.150
12.01.03.522116 An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung	23.150	21.750	1.400	0	23.150	23.150	23.150	23.150
12.01.04.522116 An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung	11.050	10.850	700	0	11.550	11.550	11.550	11.550
12.01.05.522116 An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung	0	10.400	1.150	0	11.550	11.550	11.550	11.550

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Ergebnisplan	Ansatz 2010	Ansatz 2011 bisher	+	./.	Ansatz 2011 neu	Ansatz 2012 neu	Ansatz 2013 neu	Ansatz 2014 neu
13.01.01.521130 An TBS für Grün- und Baumpflege	287.700	273.700	26.000	0	299.700	273.700	273.700	273.700
14 - Bilanzielle Abschreibungen	4.112.050	4.058.800	0	0	4.058.800	3.950.900	3.891.550	3.869.600
15 - Transferaufwendungen	24.895.630	25.514.380	530.100	-34.400	26.010.080	26.835.880	27.136.230	27.155.430
01.01.13.531700 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an priv. Unternehmen	144.950	144.950	16.900	0	161.850	161.850	156.850	151.850
03.02.01.531800 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	96.950	96.950	6.250	0	103.200	103.200	103.200	103.200
03.02.02.531800 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	97.500	97.500	7.000	0	104.500	104.500	104.500	104.500
03.02.03.531800 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	3.700	3.700	0	-2.200	1.500	1.500	1.500	1.500
03.02.04.531800 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	6.400	6.400	0	-3.200	3.200	3.900	3.900	3.900
03.02.05.531800 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	6.200	6.200	700	0	6.900	6.900	6.900	6.900
05.03.01.533910 Leistungen in Normalfällen - Hilfen (ohne Einrichtungen)	66.500	63.000	18.500	0	81.500	81.500	81.500	81.500
05.03.01.533912 Leistungen in Normalfällen - Mieten	0	0	22.000	0	22.000	22.000	22.000	22.000
05.03.01.533915 Leistungen in Normalfällen - Wertgutscheine	9.500	9.000	4.000	0	13.000	13.000	13.000	13.000
05.03.01.533916 Leistungen in Normalfällen - Geldleistungen f. pers. Bedürfnisse	125.000	90.000	75.000	0	165.000	165.000	165.000	165.000
05.03.01.533918 Leistungen in Normalfällen - Hilfen in Einrichtungen	48.500	27.000	37.000	0	64.000	64.000	64.000	64.000

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Ergebnisplan	Ansatz	Ansatz			Ansatz	Ansatz	Ansatz	
	2010	2011 bisher	+	./.	2011 neu	2012 neu	2013 neu	2014 neu
05.03.01.533920 Leistungen in besonderen Fällen - Hilfen (ohne Einrichtungen)	20.000	18.500	21.500	0	40.000	40.000	40.000	40.000
05.03.01.533923 Leistungen in besonderen Fällen - Sonstige Mieten	55.000	52.000	9.000	0	61.000	61.000	61.000	61.000
05.03.01.533925 Leistungen in besonderen Fällen - Geldleist f. pers. Bedürfnisse	85.000	80.000	27.000	0	107.000	107.000	107.000	107.000
16.01.01.534200 Gewerbsteuerumlage (Fonds dt. Einheit)	1.110.300	1.039.000	0	-29.000	1.010.000	1.067.000	1.176.000	1.204.000
16.01.01.537200 Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)	12.926.700	13.693.950	285.250	0	13.979.200	14.701.350	14.802.800	14.742.300
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.921.186	1.861.018	85.250	-13.800	1.932.468	1.882.460	1.900.430	1.897.080
01.01.07.543170 Rundfunk/Fernsehen/Telekommunikation	68.050	68.050	12.500	0	80.550	68.050	68.050	68.050
01.01.13.542200 Mieten und Pachten	147.750	147.750	19.650	0	167.400	167.400	167.400	167.400
01.01.13.543160 Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	36.900	1.200	51.100	0	52.300	1.200	1.200	1.200
05.03.01.543160 Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	500	500	2.000	0	2.500	2.500	2.500	2.500
05.04.05.542200 Mieten und Pachten	13.800	13.800	0	-13.800	0	0	0	0
17 = Ordentliche Aufwendungen	78.735.538	59.510.089	1.065.400	-520.000	60.055.489	80.068.752	80.528.820	80.093.748
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-22.725.490	-12.560.985	748.071	405.600	-11.391.614	-28.779.022	-17.696.502	-15.284.560
19 + Finanzerträge	3.312.650	3.591.800	718.850	-768.850	3.541.800	3.566.950	3.589.300	3.675.750

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Ergebnisplan	Ansatz	Ansatz			Ansatz	Ansatz	Ansatz	
	2010	2011 bisher	+	./.	2011 neu	2012 neu	2013 neu	2014 neu
15.01.02.465100 Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen und aus Beteiligungen	350.000	600.000	0	-50.000	550.000	600.000	650.000	700.000
16.01.02.461510 Von TBS, Zinserträge öffentlich- rechtliche Kreditanstalten	755.400	718.850	0	-718.850	0	0	0	0
16.01.02.461520 Von TBS, Zinserträge Kreditinstitute	432.600	407.400	718.850	0	1.126.250	1.065.000	1.001.000	1.001.000
20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.071.000	2.979.000	2.015.000	-2.015.000	2.979.000	3.013.000	2.920.000	2.871.000
16.01.02.551600 Zinsaufw. an sonst. öff.-rechtl. Sonderrechnung	1.587.000	1.540.000	0	-1.540.000	0	0	0	0
16.01.02.551700 Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	684.000	639.000	1.540.000	0	2.179.000	2.088.000	1.995.000	1.946.000
16.01.02.551601 Zinsaufw. aus Liquiditätskred. an sonst. öff.-rechtl. Sonderrechnung	475.000	475.000	0	-475.000	0	0	0	0
16.01.02.551701 Zinsaufw. aus Liquiditätskred. an Kreditinstitute	225.000	225.000	475.000	0	700.000	825.000	825.000	825.000
21 = Finanzergebnis	241.650	612.800	-1.296.150	1.246.150	562.800	553.950	669.300	804.750
22 = Ordentliches Ergebnis	-22.483.840	-11.948.185	-548.079	1.651.750	-10.828.814	-28.225.072	-17.027.202	-14.479.810
23 + Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0
24 - Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0
25 = Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0
26 = Jahresergebnis	-22.483.840	-11.948.185	-548.079	1.651.750	-10.828.814	-28.225.072	-17.027.202	-14.479.810

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Finanzplan	Ansatz 2010	Ansatz 2011			Ansatz 2011 neu	Ansatz 2012 neu	Ansatz 2013 neu	Ansatz 2014 neu
		bisher	+	./.				
1 Steuern und ähnliche Abgaben	27.533.550	29.046.750	9.000	0	29.055.750	30.525.950	32.615.150	34.051.350
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.608.682	5.935.900	1.325.671	0	7.261.571	7.473.950	7.661.450	7.926.950
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	127.000	127.000	0	0	127.000	127.000	127.000	127.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.911.200	1.828.200	0	0	1.828.200	1.831.100	1.837.100	1.839.200
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	654.100	762.950	0	-12.100	750.850	770.900	790.900	800.900
6 + Kostenerstattungen, Kostenumlagen	5.218.650	4.672.850	471.850	-102.300	5.042.400	4.996.650	5.010.950	5.007.250
7 + Sonstige Einzahlungen	2.273.390	2.438.090	0	0	2.438.090	2.483.140	2.497.190	2.511.240
8 + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	3.312.650	3.591.800	718.850	-768.850	3.541.800	3.566.950	3.589.300	3.675.750
9 = Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	48.639.222	48.403.540	2.525.371	-883.250	50.045.661	51.775.640	54.129.040	55.939.640
10 - Personalauszahlungen	13.707.288	13.261.210	0	0	13.261.210	13.327.833	13.158.282	12.912.107
11 - Versorgungsauszahlungen	1.967.300	2.210.000	0	0	2.210.000	2.260.000	2.310.000	2.350.000
12 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.887.605	12.257.893	713.768	-691.800	12.279.861	10.548.125	10.436.475	10.373.475
13 - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.071.000	2.979.000	0	0	2.979.000	3.013.000	2.920.000	2.871.000
14 - Transferauszahlungen	25.241.380	25.878.180	530.100	-34.400	26.373.880	27.217.780	27.539.130	27.579.430
15 - Sonstige Auszahlungen	1.904.936	1.844.768	85.250	-13.800	1.916.218	1.936.210	1.884.180	1.880.830
16 = Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	58.779.509	58.431.051	1.329.118	-740.000	59.020.169	58.302.948	58.248.067	57.966.842
17 = Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-10.140.287	-10.027.511	1.196.253	-143.250	-8.974.508	-6.527.308	-4.119.027	-2.027.202
18 + Zuwendungen aus Investitionsmaßnahmen	1.710.550	1.357.400	-14.550	789.900	2.132.750	871.700	871.700	871.700
01.01.08/0132.681200 Vom Kreis, Zuschuss Hardwarebeschaffung Jobcenter EN	0	0	7.500	0	7.500	0	0	0
06.01.02/0185.681100 Investitionszuwendungen vom Land, U3 Ausbau Kita Mühlenweg	0	0	0	16.700	16.700	0	0	0
12.01.01/0187.681100 Vom Land, Zuschuss für Ausbau zentraler Omnibusbahnhof (ZOB)	0	0	0	595.000	595.000	0	0	0

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Finanzplan	Ansatz 2010	Ansatz 2011 bisher	+	/.	Ansatz 2011 neu	Ansatz 2012 neu	Ansatz 2013 neu	Ansatz 2014 neu
12.01.01/0187.681700 Von privaten Unternehmen, Zuschuss für Ausbau Zentraler Omnibusbf. (ZOB)	0	0	0	52.300	52.300	0	0	0
12.01.01/0188.681100 Vom Land, Zuschuss für Errichtung K & R Plätze am Bahnhof	0	0	0	65.700	65.700	0	0	0
12.01.01/0188.681700 Von privaten Unternehmen, Zuschuss für Errichtung K & R Plätze am Bahnhof	0	0	0	9.300	9.300	0	0	0
16.01.01/0122.681100 Vom Land, allgemeine Investitionspauschale	577.450	528.050	0	50.900	578.950	578.950	578.950	578.950
16.01.01/0123.681100 Vom Land, pauschale Zuweisung für Schulen	633.350	662.000	-21.650	0	640.350	231.100	231.100	231.100
16.01.01/0124.681100 Vom Land, pauschale Zuweisung für Investitionen im Sportbereich	17.200	17.200	-400	0	16.800	16.800	16.800	16.800
19 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0	0	0	0	0	1.050.000	1.050.000	1.050.000
20 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0
21 + Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	55.850	288.850	0	0	288.850	27.850	435.850	6.850
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.766.400	1.646.250	-14.550	789.900	2.421.600	1.949.550	2.357.550	1.928.550
24 - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/ Gebäuden	7.500	7.500	0	0	7.500	7.500	7.500	7.500
25 - Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.415.850	1.421.300	1.279.650	-237.850	2.463.100	856.950	1.142.850	276.150
01.01.13/0002.785110 Sonstige Hochbauinvestitionen VG I	7.850	62.700	62.700	0	125.400	51.100	0	0
01.01.13/0049.785110 Hochbauinvestitionen (Brandschutz) Gustav-Heinemann Schule Ländchenweg	116.800	0	43.000	0	43.000	0	84.000	0
01.01.13/0050.785110 Hochbauinvestitionen (Brandschutz) Gustav-Heinemann-Schule Holthausstraße	12.500	0	155.400	0	155.400	86.600	139.200	0

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Finanzplan	Ansatz 2010	Ansatz 2011 bisher	+	./.	Ansatz 2011 neu	Ansatz 2012 neu	Ansatz 2013 neu	Ansatz 2014 neu
01.01.13/0052.785110 Weitere Hochbauinvestitionen Gustav-Heinemann Schule	29.200	127.850	0	-127.850	0	0	0	0
01.01.13/0062.785110 Hochbauinvestitionen (Brandschutz) Märk. Gymnasium	118.900	0	240.000	0	240.000	142.200	0	0
01.01.13/0084.785110 Hochbauinvestitionen Kindertagesstätte Mühlenweg	119.000	107.100	11.900	0	119.000	0	0	0
06.02.03/0081.785210 Sanierung von Kinderspielplätzen	0	110.000		-110.000	0	0	10.000	110.000
06.02.03/0186.785210 Errichtung Jugend- und Sportpark Wilhelmshöhe	0	0	12.000	0	12.000	208.000	100.000	0
12.01.01/0187.785210 An TBS für Ausbau Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB)	0	0	679.650	0	679.650	0	0	0
12.01.01/0188.785210 An TBS für Errichtung K & R Plätze am Bahnhof	0	0	75.000	0	75.000	0	0	0
26 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	742.900	904.000	54.550	-11.550	947.000	439.850	783.850	1.005.950
01.01.08/0132.783100 Hardwarebeschaffung Jobcenter EN	0	0	7.500	0	7.500	0	0	0
01.01.13/0183.783100 Erneuerung unterbrechungsfreie Stromversorgung	0	0	28.000	0	28.000	0	0	0
06.01.01/0001.783100 Erwerb von Vermögensgegenständen > 410 €	5.000	5.000	0	-4.150	850	5.000	5.000	5.000
06.01.01/0133.783200 Erwerb von Vermögensgegenständen < 410 €	600	600	0	-500	100	600	600	600
06.01.02/0001.783100 Erwerb von Vermögensgegenständen > 410 €	17.700	10.000	0	-4.900	5.100	10.000	10.000	10.000
06.01.02/0133.783200 Erwerb von Vermögensgegenständen < 410 €	3.700	3.500	0	-1.550	1.950	3.500	3.500	3.500
06.01.02/0185.783100 Erwerb von Vermögensgegenständen > 410 € (U3 Ausbau Kita Mühlenweg)	0	0	18.600	0	18.600	0	0	0

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Finanzplan	Ansatz 2010	Ansatz 2011 bisher	+	./.	Ansatz 2011 neu	Ansatz 2012 neu	Ansatz 2013 neu	Ansatz 2014 neu
06.02.02/0133.783200 Erwerb von Vermögensgegenständen < 410 €	450	450	0	-450	0	0	0	0
06.03.07/0133.783200 Erwerb von Vermögensgegenständen < 410 €	200	200	450	0	650	650	650	650
27 - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0
28 - Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0
29 - Sonstige Investitionsauszahlungen	0	120.500	0	-120.500	0	120.500	110.000	0
02.01.08/0015.781200 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden (GV)	0	120.500	0	-120.500	0	120.500	110.000	0
30 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.166.250	2.453.300	1.334.200	-369.900	3.417.600	1.424.800	2.044.200	1.289.600
31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	-399.850	-807.050	-1.348.750	1.159.800	-996.000	524.750	313.350	638.950
32 = Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-10.540.137	-10.834.561	-152.497	1.016.550	-9.970.508	-6.002.558	-3.805.677	-1.388.252
33 + Aufnahme/ Rückflüsse von Darlehen	2.875.100	5.328.800	4.992.900	-4.803.950	5.517.750	2.258.600	2.092.500	3.616.900
34 - Tilgung/ Gewährung von Darlehen	3.696.400	5.771.400	4.863.400	-4.863.400	5.771.400	3.011.500	2.666.000	4.516.000
35 = Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-821.300	-442.600	129.500	59.450	-253.650	-752.900	-573.500	-899.100
36 = Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	-11.361.437	-11.277.161	-22.997	1.076.000	-10.224.158	-6.755.458	-4.379.177	-2.287.352
37 + Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0	0	0
38 = Liquide Mittel	-11.361.437	-11.277.161	-22.997	1.076.000	-10.224.158	-6.755.458	-4.379.177	-2.287.352

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Produkt	Bezeichnung	Stand	verantwortlich	Erträge 2011	Aufwendungen 2011	Finanzergebnis 2011	Ergebnis 2011	Einzahlungen 2011	Auszahlungen 2011	Saldo der Investitionstätigkeit 2011
01.01.07	Zentraler Service	1. Nachtrag	Fr. Kaltenbach	766.600,00	755.850,00	0,00	10.750,00	0,00	10.250,00	-10.250,00
01.01.07	Zentraler Service	2. Nachtrag	Fr. Kaltenbach	766.600,00	768.350,00	0,00	-1.750,00	0,00	10.250,00	-10.250,00
01.01.07	Zentraler Service	Veränderung		0,00	12.500,00	0,00	-12.500,00	0,00	0,00	0,00
01.01.08	Technikunterstützte Informationsverarbeitung	1. Nachtrag	Fr. Kaltenbach	1.045.900,00	1.067.427,00	0,00	-21.527,00	500,00	261.650,00	-261.150,00
01.01.08	Technikunterstützte Informationsverarbeitung	2. Nachtrag	Fr. Kaltenbach	1.045.900,00	1.067.427,00	0,00	-21.527,00	8.000,00	269.150,00	-261.150,00
01.01.08	Technikunterstützte Informationsverarbeitung	Veränderung		0,00	0,00	0,00	0,00	7.500,00	7.500,00	0,00
01.01.13	Zentrales Gebäudemanagement	1. Nachtrag	Hr. R. Fischer	7.896.300,00	6.782.393,00	0,00	1.113.907,00	107.100,00	581.250,00	-474.150,00
01.01.13	Zentrales Gebäudemanagement	2. Nachtrag	Hr. R. Fischer	7.913.471,00	7.180.043,00	0,00	733.428,00	107.100,00	994.400,00	-887.300,00
01.01.13	Zentrales Gebäudemanagement	Veränderung		17.171,00	397.650,00	0,00	-380.479,00	0,00	413.150,00	-413.150,00
02.01.08	Brandschutz	1. Nachtrag	Hr. Guthier	219.710,00	1.715.887,00	0,00	-1.496.177,00	41.800,00	403.800,00	-362.000,00
02.01.08	Brandschutz	2. Nachtrag	Hr. Guthier	219.710,00	1.739.887,00	0,00	-1.520.177,00	41.800,00	283.300,00	-241.500,00
02.01.08	Brandschutz	Veränderung		0,00	24.000,00	0,00	-24.000,00	0,00	-120.500,00	120.500,00
03.01.05	Bereitstellung der Grundschule Engelbertstraße	1. Nachtrag	Fr. Dowidat	46.200,00	436.184,00	0,00	-389.984,00	0,00	6.100,00	-6.100,00
03.01.05	Bereitstellung der Grundschule Engelbertstraße	2. Nachtrag	Hr. Eibert	34.100,00	435.734,00	0,00	-401.634,00	0,00	6.100,00	-6.100,00
03.01.05	Bereitstellung der Grundschule Engelbertstraße	Veränderung		-12.100,00	-450,00	0,00	-11.650,00	0,00	0,00	0,00
03.02.01	Offene Ganztagsgrundschule Nordstadt	1. Nachtrag	Fr. Dowidat	68.540,00	134.736,00	0,00	-66.196,00	0,00	0,00	0,00
03.02.01	Offene Ganztagsgrundschule Nordstadt	2. Nachtrag	Hr. Eibert	75.540,00	140.986,00	0,00	-65.446,00	0,00	0,00	0,00

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Produkt	Bezeichnung	Stand	verantwortlich	Erträge 2011	Aufwendungen 2011	Finanzergebnis 2011	Ergebnis 2011	Einzahlungen 2011	Auszahlungen 2011	Saldo der Investitionstätigkeit 2011
03.02.01	Offene Ganztags- grundschule Nordstadt	Veränderung		7.000,00	6.250,00	0,00	750,00	0,00	0,00	0,00
03.02.02	Offene Ganztags- grundschule Möllenkotten	1. Nachtrag	Fr. Dowidat	68.177,00	136.841,00	0,00	-68.664,00	0,00	0,00	0,00
03.02.02	Offene Ganztags- grundschule Möllenkotten	2. Nachtrag	Hr. Eibert	74.977,00	143.841,00	0,00	-68.864,00	0,00	0,00	0,00
03.02.02	Offene Ganztags- grundschule Möllenkotten	Veränderung		6.800,00	7.000,00	0,00	-200,00	0,00	0,00	0,00
03.02.03	Offene Ganztags- grundschule Westfalendamm	1. Nachtrag	Fr. Dowidat	82.137,00	145.996,00	0,00	-63.859,00	0,00	1.000,00	-1.000,00
03.02.03	Offene Ganztags- grundschule Westfalendamm	2. Nachtrag	Hr. Eibert	89.437,00	143.796,00	0,00	-54.359,00	0,00	1.000,00	-1.000,00
03.02.03	Offene Ganztags- grundschule Westfalendamm	Veränderung		7.300,00	-2.200,00	0,00	9.500,00	0,00	0,00	0,00
03.02.04	Offene Ganztags- grundschule Südstraße	1. Nachtrag	Fr. Dowidat	80.937,00	160.662,00	0,00	-79.725,00	0,00	1.000,00	-1.000,00
03.02.04	Offene Ganztags- grundschule Südstraße	2. Nachtrag	Hr. Eibert	89.337,00	157.462,00	0,00	-68.125,00	0,00	1.000,00	-1.000,00
03.02.04	Offene Ganztags- grundschule Südstraße	Veränderung		8.400,00	-3.200,00	0,00	11.600,00	0,00	0,00	0,00
03.02.05	Offene Ganztags- grundschule Engelbertstraße	1. Nachtrag	Fr. Dowidat	108.425,00	193.367,00	0,00	-84.942,00	0,00	1.000,00	-1.000,00
03.02.05	Offene Ganztags- grundschule Engelbertstraße	2. Nachtrag	Hr. Eibert	120.425,00	194.067,00	0,00	-73.642,00	0,00	1.000,00	-1.000,00

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Produkt	Bezeichnung	Stand	verantwortlich	Erträge 2011	Aufwendungen 2011	Finanzergebnis 2011	Ergebnis 2011	Einzahlungen 2011	Auszahlungen 2011	Saldo der Investitionstätigkeit 2011
03.02.05	Offene Ganztagsgrundschule Engelbertstraße	Veränderung		12.000,00	700,00	0,00	11.300,00	0,00	0,00	0,00
04.01.05	Bücherei	1. Nachtrag	Fr. Dowidat	50.612,00	266.622,00	0,00	-216.010,00	0,00	250,00	-250,00
04.01.05	Bücherei	2. Nachtrag	Fr. Weidner	66.312,00	266.622,00	0,00	-200.310,00	0,00	250,00	-250,00
04.01.05	Bücherei	Veränderung		15.700,00	0,00	0,00	15.700,00	0,00	0,00	0,00
05.02.01	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen nach SGB II	1. Nachtrag	Herr Eibert	340.900,00	2.756.243,00	0,00	-2.415.343,00	0,00	0,00	0,00
05.02.01	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen nach SGB II	2. Nachtrag	Hr. Scheller	677.600,00	2.284.443,00	0,00	-1.606.843,00	0,00	0,00	0,00
05.02.01	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen nach SGB II	Veränderung		336.700,00	-471.800,00	0,00	808.500,00	0,00	0,00	0,00
05.02.02	Vermittlung in Erwerbstätigkeit	1. Nachtrag	Hr. Eibert	156.300,00	60.907,00	0,00	95.393,00	0,00	0,00	0,00
05.02.02	Vermittlung in Erwerbstätigkeit	2. Nachtrag	Hr. Scheller	54.000,00	60.907,00	0,00	-6.907,00	0,00	0,00	0,00
05.02.02	Vermittlung in Erwerbstätigkeit	Veränderung		-102.300,00	0,00	0,00	-102.300,00	0,00	0,00	0,00
05.02.03	Angebot von Arbeit und Qualifizierung	1. Nachtrag	Hr. Eibert	530.900,00	510.276,00	0,00	20.624,00	0,00	0,00	0,00
05.02.03	Angebot von Arbeit und Qualifizierung	2. Nachtrag	Hr. Scheller	632.200,00	510.276,00	0,00	121.924,00	0,00	0,00	0,00
05.02.03	Angebot von Arbeit und Qualifizierung	Veränderung		101.300,00	0,00	0,00	101.300,00	0,00	0,00	0,00
05.03.01	Hilfen für Asylbewerber	1. Nachtrag	Hr. Eibert	56.895,00	575.890,00	0,00	-518.995,00	0,00	0,00	0,00
05.03.01	Hilfen für Asylbewerber	2. Nachtrag	Hr. Eibert	75.045,00	791.890,00	0,00	-716.845,00	0,00	0,00	0,00

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Produkt	Bezeichnung	Stand	verantwortlich	Erträge 2011	Aufwendungen 2011	Finanzergebnis 2011	Ergebnis 2011	Einzahlungen 2011	Auszahlungen 2011	Saldo der Investitionstätigkeit 2011
05.03.01	Hilfen für Asylbewerber	Veränderung		18.150,00	216.000,00	0,00	-197.850,00	0,00	0,00	0,00
05.04.05	Bereitstellung von Übergangswohnheimen	1. Nachtrag	Hr. Eibert	0,00	102.255,00	0,00	-102.255,00	0,00	0,00	0,00
05.04.05	Bereitstellung von Übergangswohnheimen	2. Nachtrag	Hr. Eibert	0,00	88.455,00	0,00	-88.455,00	0,00	0,00	0,00
05.04.05	Bereitstellung von Übergangswohnheimen	Veränderung		0,00	-13.800,00	0,00	13.800,00	0,00	0,00	0,00
06.01.01	Kinderhort	1. Nachtrag	Hr. Eibert	164.182,00	393.571,00	0,00	-229.389,00	0,00	8.100,00	-8.100,00
06.01.01	Kinderhort	2. Nachtrag	Hr. Eibert	164.182,00	393.571,00	0,00	-229.389,00	0,00	3.450,00	-3.450,00
06.01.01	Kinderhort	Veränderung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4.650,00	4.650,00
06.01.02	Städtische Kindertagesstätten	1. Nachtrag	Hr. Eibert	473.416,00	1.042.879,00	0,00	-569.463,00	0,00	18.500,00	-18.500,00
06.01.02	Städtische Kindertagesstätten	2. Nachtrag	Hr. Eibert	473.416,00	1.042.879,00	0,00	-569.463,00	16.700,00	30.650,00	-13.950,00
06.01.02	Städtische Kindertagesstätten	Veränderung		0,00	0,00	0,00	0,00	16.700,00	12.150,00	4.550,00
06.02.02	Förderung von Kindern und Jugendlichen außerhalb von Einrichtungen	1. Nachtrag	Hr. Eibert	15.787,00	249.199,00	0,00	-233.412,00	0,00	450,00	-450,00
06.02.02	Förderung von Kindern und Jugendlichen außerhalb von Einrichtungen	2. Nachtrag	Hr. Eibert	15.787,00	249.199,00	0,00	-233.412,00	0,00	0,00	0,00
06.02.02	Förderung von Kindern und Jugendlichen außerhalb von Einrichtungen	Veränderung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-450,00	450,00
06.02.03	Öffentliche Spielplätze	1. Nachtrag	Hr. Eibert	22.400,00	438.794,00	0,00	-416.394,00	0,00	125.350,00	-125.350,00

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Produkt	Bezeichnung	Stand	verantwortlich	Erträge 2011	Aufwendungen 2011	Finanzergebnis 2011	Ergebnis 2011	Einzahlungen 2011	Auszahlungen 2011	Saldo der Investitionstätigkeit 2011
06.02.03	Öffentliche Spielplätze	2. Nachtrag	Hr. Eibert	22.400,00	438.794,00	0,00	-416.394,00	0,00	27.350,00	-27.350,00
06.02.03	Öffentliche Spielplätze	Veränderung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-98.000,00	98.000,00
06.03.07	Sonstige Maßnahmen	1. Nachtrag	Hr. Eibert	0,00	64.896,00	0,00	-64.896,00	0,00	200,00	-200,00
06.03.07	Sonstige Maßnahmen	2. Nachtrag	Hr. Eibert	0,00	64.896,00	0,00	-64.896,00	0,00	650,00	-650,00
06.03.07	Sonstige Maßnahmen	Veränderung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	450,00	-450,00
09.02.02	Bodennutzung	1. Nachtrag	Hr. Guthier	18.430,00	203.046,00	0,00	-184.616,00	1.000,00	1.000,00	0,00
09.02.02	Bodennutzung	2. Nachtrag	Hr. Sormund	18.430,00	230.046,00	0,00	-211.616,00	1.000,00	1.000,00	0,00
09.02.02	Bodennutzung	Veränderung		0,00	27.000,00	0,00	-27.000,00	0,00	0,00	0,00
09.03.01	Geoinformationen	1. Nachtrag	Hr. Guthier	11.930,00	94.778,00	0,00	-82.848,00	0,00	0,00	0,00
09.03.01	Geoinformationen	2. Nachtrag	Hr. Sormund	11.930,00	109.278,00	0,00	-97.348,00	0,00	0,00	0,00
09.03.01	Geoinformationen	Veränderung		0,00	14.500,00	0,00	-14.500,00	0,00	0,00	0,00
12.01.01	Gemeindestraßen, -wege, -plätze	1. Nachtrag	Hr. Guthier	1.946.900,00	4.470.145,00	0,00	-2.523.245,00	282.000,00	569.300,00	-287.300,00
12.01.01	Gemeindestraßen, -wege, -plätze	2. Nachtrag	Hr. Guthier	1.969.550,00	4.514.045,00	0,00	-2.544.495,00	1.004.300,00	1.323.950,00	-319.650,00
12.01.01	Gemeindestraßen, -wege, -plätze	Veränderung		22.650,00	43.900,00	0,00	-21.250,00	722.300,00	754.650,00	-32.350,00
12.01.02	Landesstraßen	1. Nachtrag	Hr. Guthier	26.850,00	154.050,00	0,00	-127.200,00	0,00	0,00	0,00
12.01.02	Landesstraßen	2. Nachtrag	Hr. Guthier	26.850,00	155.450,00	0,00	-128.600,00	0,00	0,00	0,00
12.01.02	Landesstraßen	Veränderung		0,00	1.400,00	0,00	-1.400,00	0,00	0,00	0,00
12.01.03	Bundesstraßen	1. Nachtrag	Hr. Guthier	18.350,00	124.850,00	0,00	-106.500,00	0,00	0,00	0,00
12.01.03	Bundesstraßen	2. Nachtrag	Hr. Guthier	18.350,00	126.250,00	0,00	-107.900,00	0,00	0,00	0,00
12.01.03	Bundesstraßen	Veränderung		0,00	1.400,00	0,00	-1.400,00	0,00	0,00	0,00
12.01.04	Parkeinrichtungen	1. Nachtrag	Hr. Guthier	3.500,00	98.950,00	0,00	-95.450,00	5.850,00	5.850,00	0,00
12.01.04	Parkeinrichtungen	2. Nachtrag	Hr. Guthier	3.500,00	99.650,00	0,00	-96.150,00	5.850,00	5.850,00	0,00
12.01.04	Parkeinrichtungen	Veränderung		0,00	700,00	0,00	-700,00	0,00	0,00	0,00
12.01.05	ÖPNV	1. Nachtrag	Hr. Guthier	217.810,00	46.594,00	0,00	171.216,00	0,00	0,00	0,00
12.01.05	ÖPNV	2. Nachtrag	Hr. Guthier	217.810,00	47.744,00	0,00	170.066,00	0,00	0,00	0,00
12.01.05	ÖPNV	Veränderung		0,00	1.150,00	0,00	-1.150,00	0,00	0,00	0,00
13.01.01	Öffentliche Grünflächen	1. Nachtrag	Hr. R. Fischer	1.600,00	399.063,00	0,00	-397.463,00	0,00	5.000,00	-5.000,00

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Produkt	Bezeichnung	Stand	verantwortlich	Erträge 2011	Aufwendungen 2011	Finanzergebnis 2011	Ergebnis 2011	Einzahlungen 2011	Auszahlungen 2011	Saldo der Investitionstätigkeit 2011
13.01.01	Öffentliche Grünflächen	2. Nachtrag	Hr. R. Fischer	1.600,00	425.063,00	0,00	-423.463,00	0,00	5.000,00	-5.000,00
13.01.01	Öffentliche Grünflächen	Veränderung		0,00	26.000,00	0,00	-26.000,00	0,00	0,00	0,00
15.01.02	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen	1. Nachtrag	Hr. Kuss	0,00	0,00	600.000,00	600.000,00	0,00	0,00	0,00
15.01.02	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen	2. Nachtrag	Hr. Kuss	0,00	0,00	550.000,00	550.000,00	0,00	0,00	0,00
15.01.02	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen	Veränderung		0,00	0,00	-50.000,00	-50.000,00	0,00	0,00	0,00
16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	1. Nachtrag	Hr. Kuss	34.392.100,00	15.805.950,00	-100.000,00	18.486.150,00	1.207.250,00	0,00	1.207.250,00
16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	2. Nachtrag	Hr. Kuss	35.668.100,00	16.062.200,00	-100.000,00	19.505.900,00	1.236.100,00	0,00	1.236.100,00
16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	Veränderung		1.276.000,00	256.250,00	0,00	1.019.750,00	28.850,00	0,00	28.850,00
16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	1. Nachtrag	Hr. Kuss	0,00	315.900,00	-652.700,00	-968.600,00	0,00	0,00	0,00
16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	2. Nachtrag	Hr. Kuss	0,00	315.900,00	-652.700,00	-968.600,00	0,00	0,00	0,00
16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Veränderung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Erläuterung Ergebnisplan 2011 (für Ansätze ab 10.000 €)Buchungsstelle

16.01.01.405100	Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich Ergebnis der 1. Proberechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 vom 23.12.2010
01.01.13.414167	Neuveranschlagung von Zuschussmitteln aus dem Konjunkturpaket II (K II) für die Fortführung der Maßnahme K II, Dach- u. Fenstersanierung Altbau Gymnasium
03.02.01.414100	Bei den erläuterten Haushaltsstellen werden Zuschüsse des Landes für die Betreuungsmaßnahmen „Kein Kind ohne Mahlzeit“, „Schule und Kultur“ und „offene Ganztagsgrundschulen“ (o.Gt.Grs) veranschlagt; es ergeben sich <u>Mehrerträge</u> aufgrund der <u>Erhöhung der Fördersätze</u> . Hier: für die o.Gt.Grs Nordstadt;
03.02.02.414100	Mehrerträge für die o.Gt.Grs. Möllenkotten
03.02.03.414100	Mehrerträge für die o.Gt.Grs. Westfalendamm
03.02.04.414100	Mehrerträge für die o.Gt.Grs. Südstraße
03.02.05.414100	Mehrerträge für die o.Gt.Grs. Engelbertstraße
16.01.01.411100	Mehrerträge nach dem Ergebnis der 1. Proberechnung zum GFG <u>2011</u> vom 23.12.2010
03.01.05.446100	Für die Nutzung der <u>Aula</u> der <u>Grundschule Engelbertstraße</u> ist im Rahmen der Neufassung der Entgelt- u. Nutzungsordnung für städtische Schul- u. Kulturräume eine Neufestsetzung (Herabsetzung) der Entgelte vorgesehen.
04.01.05.448200	Erstattung durch die Stadt Sprockhövel für Personaleinsatz (Vertragslaufzeit zunächst 01.08.2010 – 31.07.2011). Es wird von einer Kooperation mit der Stadt Sprockhövel über den 31.07.2011 hinaus ausgegangen.

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

05.02.01.448200	Erstattung von Verwaltungs- und Personalaufwand durch die Kreisverwaltung. Änderungen nach der <u>Neuberechnung der Kostenerstattung</u> der Koordinierungsstelle vom 20.01.2011 sowie nach <u>Anpassung der Verteilung der Kostenerstattung auf die Produkte 05.02.01, 05.02.02 und 05.02.03</u> . In 2011 werden von der Kostenerstattung einmalig 7.500 € bei 01.01.08/0132.681200 für die Erneuerung von Datenleitungen verwendet.
05.02.02.448200	Wie vor (außer letzter Satz)
05.02.03.448200	Wie vor
05.03.01.448100	Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz für das Jahr 2011 lt. Bescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom 09.02.2011 sowie Anpassung Folgejahre
12.01.01.471110	Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes mit den Projekten(Pj.) <u>Pj. 1: Ausbau Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB)</u> mit dem Ziel größtmöglicher Barrierefreiheit u. <u>Pj. 2: Errichtung zusätzlicher Kiss & Ride Parkplätze</u> (Parkplätze zum Abholen und Absetzen von Fahrgästen an einer Zugangsstelle des öffentlichen Personenverkehrs) sowie <u>zusätzlicher Behindertenparkplätze</u> . Das Projekt 2 wird veranschlagt bei 12.01.01.471120. Das Investitionsvolumen beträgt nach derzeitigem Planungsstand insgesamt 754.650 €, (zu 1.: 679.650 €, zu 2.: 75.000 €); dem stehen erwartete Zuwendungen aus Landesmitteln und von privaten Unternehmen i.H.v. 722.300 € gegenüber. Für den durch die Stadt zu tragenden Differenzbetrag ergibt sich aktuell ein Kreditbedarf von 32.350 €. Bei der <u>erläuterten Haushaltsstelle</u> werden <u>Planungskosten</u> in Höhe von 3% der Baukosten als <u>aktivierte Eigenleistungen veranschlagt</u> . Insbesondere im planerischen Bereich können sich weitere Investitionsauszahlungen ergeben, so dass hierfür ggfs. noch Anpassungen vorzunehmen sind. Beide oben dargestellten Projekte stehen im Zusammenhang mit dem Kauf und der Kernsanierung des Bahnhofsgebäudes durch einen privaten Investor. Weitere Erläuterungen siehe Finanzplan bei 12.01.01/0187.681100, /0187.681700 u. /0188.68100.
01.01.13.521100	Aufwand f. d. Unterhaltung aller städtischen Gebäude (u.a. f. d. Beseitigung unvorhersehbarer Schäden). Mehrbedarfe 2011: <u>50.000 €</u> durchgängig, wegen der Fremdvergabe von Anstreicherarbeiten, ferner <u>44.000 €</u> für die Erneuerung der Salz-Elektrolyse im Hallenbad, und <u>40.000 €</u> für den Umbau der Gustav-Heinemann-Schule. <u>2013: 90.000 €</u> für die Dachsanierung des VG I.

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

01.01.13.521121	Aufwand f. d. Wartung und Prüfung der technischen Anlagen in allen städtischen Immobilien; Mehrbedarfe durch a) zusätzliche Wartungen für eine unterbrechungsfreie Stromversorgung im VG I und eine Brandmeldeanlage im Haus Martfeld, b) Anpassung an das tatsächl. Ergebnis 2010 (rd. 150.000 €) c) Folgekosten im Wartungsbereich aufgrund der Brandschutzmaßnahmen 2010/2011.
01.01.13.522110	Aufwand f. d. Unterhaltung verschiedener öffentl. Plätze (Sportplätze, Denkmäler, Platz vor Haus Martfeld, etc.) Aktueller Bedarf für den Bereich der Sportplatzunterhaltung gemäss Berechnung der TBS ab 2011: jährlich <u>143.000 €</u> Die Erneuerung der Kunststoffbeschichtung sowie Neulinierung des Sportplatzes „An der Rennbahn“ konnte wetterbedingt in 2010 nicht mehr durchgeführt werden. Umsetzung ist nunmehr in 2011 mit <u>23.500 €</u> vorgesehen. 2011 Mehrbedarf Sportplatz Rennbahn für den 2. Bauabschnitt Erneuerung Platzentwässerung (<u>52.000 €</u>) sowie Tennensanierung (<u>53.000 €</u>). Andererseits <u>Reduzierung um 22.000 €</u> durch die Übertragung der Platzpflege des Sportplatzes Linderhausen an die Spielvereinigung Linderhausen (vgl . 01.01.13.531700) ab 2011.
01.01.13.524190	Verschiedene Aufwendungen für alle städtischen Immobilien. Erhöhung um jährlich <u>50.000 €</u> für Winterdienstleistungen; ferner Umstellung von Eigenreinigung auf Fremdreinigung im Gymnasium: 2011: <u>26.600 €</u> ab 2012 jährlich 106.400 €
02.01.08.522110	2011 einmalig Grundsanierung <u>Feuerlöschteich „Fastenbecke“</u>
05.02.01.523200	Städtische Beteiligung an den Unterkunfts- und Heizkosten und besondere Bedarfe Die <u>Kostenbeteiligung</u> für Kosten der Unterkunft und besondere Bedarfe <u>sinkt von 50% auf 40%</u> .
09.02.02.529100	Mehrbedarf 2011 (Neuveranschlagung) für Vermessungs-, Planungs- u. Gutachterleistungen. Arbeiten wurden 2010 beauftragt, Leistungen werden erst 2011 erbracht.
09.03.01.529100	2.000 € Pauschalbetrag; <u>Mehrbedarfe 2011:</u> 8.000 € für Umstellung städtischer Geodaten 6.500 € für Geoportal
12.01.01.522116	Aufwandszahlungen an TBS für <u>Unterhaltung Straßenbeleuchtung</u> , siehe auch Sitzungsvorlage (SV) 226/2010; Folgejahre entsprechend dem Ansatz 2010.
12.01.01.522119	Aufwandszahlung an TBS für <u>Winterdienst</u> . Anpassung des Ansatzes an das Rechnungsergebnis 2010 (rd. 93.000 €); <u>für Gemeindestraßen</u> .

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

12.01.02.522116	Aufwandszahlungen an TBS für <u>Unterhaltung Straßenbeleuchtung</u> , siehe auch SV 226/2010. Folgejahre entsprechend dem Ansatz 2010; für <u>Landesstraßen</u> .
12.01.03.522116	Wie vor; für <u>Bundesstraßen</u> .
12.01.04.522116	Wie vor; für <u>Parkeinrichtungen</u> .
12.01.05.522116	Neuzuordnung von Haushaltsmitteln im Produkt ÖPNV ab 2011 (Verschiebung zwischen 12.01.05.522110, 12.01.05.522111 und 12.01.05.522116) Aufwandszahlungen an TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung; siehe auch SV 226/2010. Folgejahre entsprechend dem Ansatz 2010.
13.01.01.521130	Unterhaltung der Parkanlagen. Mehrbedarf 2011 für die Wegesanie rung der Parkanlage „Brunnen“.
01.01.13.531700	<u>94.950 €</u> Pauschalierter Zuschuss an den VFB Schwelm lt. Ratsbeschluss v. 29.04.2008. <u>50.000 €</u> Zuschuss 2011 an den „Trägerverein Schwelmebad“ lt. Ratsbeschl. v. 09.12.2010. (SV 198/2010/4). Erhöhung durch Zuschussgewährung an den „Trägerverein Schwelmebad“ 2012 – 2017 gemäß Ratsbeschluss vom 20.01.2011 (2012: 50.000 €, 2013: 45.000 €, 2014: 40.000 €, 2015 ff: 35.000 €). <u>16.900 €</u> neu ab 2011: Zuschuss (jährlich) an die Spielvereinigung Linderhausen (verbunden mit Reduzierungen beim Unterhaltungsaufwand, siehe hierzu auch Erläuterungen bei 01.01.13.522110).
03.02.01.531800	Weiterleitung der Zuschüsse des Landes für die Betreuungsmaßnahmen „Kein Kind ohne Mahlzeit“, „Schule und Kultur“ u. „offene Ganztagsgrundschulen“ an die Arbeiterwohlfahrt als Träger der Maßnahme für die „offene Ganztagsgrundschule <u>Nordstadt</u> “. Durch die Erhöhung der Fördersätze ergibt sich ein höherer Weiterleitungsbetrag.
03.02.02.531800	Wie vor; für die Betreuungsmaßnahme in der „offenen Ganztagsgrundschule“ <u>Möllenkotten</u> “.
05.03.01.533910	Bei den <u>Hilfen für Asylbewerber</u> entstehen durch den <u>Anstieg der Zuweisungsfälle</u> Mehrbedarfe; hier für: ambulante Krankenhilfe.
533912	Mehrbedarfe für Mieten für Wohnraum in den Gebäuden Wiedenhaufe; siehe auch 05.04.05.542200
533915	Mehrbedarfe für Leistungen in Normalfällen – Wertgutscheine
533916	Mehrbedarfe für Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt in Normalfällen
533918	Mehrbedarfe für Leistungen der <u>stationären</u> Krankenhilfe
533920	Mehrbedarfe für Leistungen der <u>ambulanten</u> Krankenhilfe
533923	Mehrbedarfe für Leistungen für Unterkunftskosten
533925	Mehrbedarfe für Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt in besonderen Fällen

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

16.01.01.534200	Die Gewerbesteuerumlage (für den Fonds Deutsche Einheit) wird für die einzelnen Jahre wie folgt berechnet: Voraussichtliches Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen des Jahres <i>geteilt durch</i> 450 x 100 x 36 %. Die Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage „Fonds Dt. Einheit“ sinkt in 2011 von 7 auf 6 Punkte.
16.01.01.537200	Der Neuberechnung der Kreisumlage liegt für <u>2011</u> ein <u>Hebesatz</u> in Höhe von <u>44,97 v.H.</u> zu Grunde (auf der Basis des Nachtrags v. 11.03.2011 zur 2. Änderungsliste zum Kreis-Haushaltsplanentwurf 2011). Berechnung für Folgejahre entsprechend der Finanzplanung des Kreises mit folgenden Hebesätzen: 2012: 46,20 v.H., 2013: 44,92 v. H., 2014 ff: 43,09 v.H..
01.01.07.543170	Jahresbedarf für Fernsprechgebühren, Kosten für Datenleitungen, GEZ-Gebühren, Handy-Gebühren. Mehrbedarf 2011 für Einrichtung neuer Datenleitungen zum Jobcenter.
01.01.13.542200	Neukalkulation des Ansatzes wegen neuer Verträge und erforderlicher Betriebskosten-Anpassungen
01.01.13.543160	Mehrbedarfe 2011: <u>31.000 €</u> für Gebäudepläne, <u>9.000 €</u> für Reinigungsaufmäße, <u>7.500 €</u> für Ausschreibung der Fremdreinigung im Gymnasium, <u>3.600 €</u> für gutachterliche Prüfung im Bereich Brandschutz.
05.04.05.542200	Die Mietzahlungen werden im Produkt „Hilfen für Asylbewerber“ unter H.St. 05.03.01.533912 abgewickelt.
15.01.02.465100	Anteilige Gewinnausschüttung aus dem Jahresüberschuss der Städtischen Sparkasse Schwelm. Anpassung des Ansatzes
16.01.02.461510 461520 551600 551700 551601 551701	Bei diesen Haushaltsstellen (für anteilige Zinserstattungen durch die TBS AöR sowie für Zinsaufwendungen an Kreditinstitute) werden lediglich <u>Verschiebungen</u> von Etatansätzen <u>zwischen den einzelnen Haushaltsstellen</u> vorgenommen. Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den Ergebnis- bzw. Finanzplan.

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Erläuterung Finanzplan 2011 (für Ansätze ab 10.000 €)Buchungsstelle

06.01.02/0185.681100	Landeszuschuss in Höhe von 90 % für die Ausstattung der geplanten „U 3 Gruppe“ in der Kita Mühlenweg, siehe auch 06.01.02/0185.783100.
12.01.01/0187.681100	Landeszuwendung für den Ausbau des ZOB nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG NRW); die Maßnahme ist im beschlossenen Förderkatalog für 2011 berücksichtigt.
12.01.01/0187.681700	Veranschlagung erwarteter Zuschüsse von privaten Unternehmen für den Ausbau des ZOB.
12.01.01/0188.681100	Landeszuwendung für die Errichtung der K & R-Parkplätze am Bahnhof nach dem ÖPNVG NRW; die Maßnahme ist im beschlossenen Förderkatalog für 2011 berücksichtigt.
16.01.01/0122.681100	<u>Investitionspauschale</u> , Ansatz gemäß 1. Proberechnung zum GFG 2011.
16.01.01/0123.681100	<u>Schulpauschale</u> , Ansatz gemäß 1. Proberechnung zum GFG 2011. Insgesamt rd. 651.700 €, davon investiv: 640.350 €
16.01.01/0124.681100	<u>Sportpauschale</u> , Ansatz gemäß 1. Proberechnung zum GFG 2011. Insgesamt rd. 78.800 €, davon investiv: 16.800 €
01.01.13/0002.785110	Hochbauinvestitionen im Verwaltungsgebäude Hauptstr. 14 (<u>VG I</u>). Die bisher in zwei Bauabschnitten (BA) in 2011 u. 2012 mit je 62.700 € vorgesehene <u>Errichtung eines 2. Rettungsweges</u> soll vollständig mit <u>125.400 € in 2011</u> ausgeführt werden. Es entstehen <u>keine Mehrauszahlungen</u> , da lediglich die Kosten des 2. BA von 2012 nach 2011 vorgezogen werden.
01.01.13/0049.785110	<u>Gustav-Heinemann-Schule, Ländchenweg</u> ; Fortsetzung begonnener Brandschutzmaßnahmen. 2011: 43.000 € 2013: 24.000 € Die bisher für 2012 vorgesehenen Brandschutzmaßnahmen in Höhe von 116.800 € verringern sich auf 60.000 € und werden nach 2013 verschoben. Gesamtbedarf für 2013 damit. 84.000 €
01.01.13/0050.785110	<u>Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße</u> ; Fortsetzung begonnener Brandschutzmaßnahmen. Weitere Brandschutzmaßnahmen 2011 ff im Bereich der Sporthalle in Höhe von insgesamt 362.700 €: <u>2011: 136.900 €</u> , 2012: 86.600 €, 2013: 139.200 €

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

	Zudem in <u>2011</u> Neuveranschlagungen: <u>6.000 €</u> für Rechnungen aus 2010 sowie <u>12.500 €</u> für Brandschutz für Schulgebäude (bisher vorgesehen für 2012).
01.01.13/0052.785110	Gustav-Heinemann-Schule; die bisher vorgesehene Maßnahme „ <u>Erneuerung Glasdach Innenhof</u> “ mit <u>127.850 € für 2011 entfällt</u> . Für die „Erneuerung des Schulhofs“ sind <u>zunächst keine Mittel</u> vorgesehen; hier werden zur Zeit weitere Ermittlungen angestellt. 230.000 € für 2012 entfallen.
01.01.13/0062.785110	<u>Gymnasium</u> ; Fortsetzung begonnener Brandschutzmaßnahmen. Umzusetzende Brandschutzmaßnahmen <u>2011</u> im Bereich <u>Mittelbau und Atrium</u> ; 2012 in den übrigen Gebäudekomplexen.
01.01.13/0084.785110	Ausbau der <u>Kita Mühlenweg</u> (Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-jährige -„U 3“-). Mit der Maßnahme konnte in 2010 nicht mehr begonnen werden; sie wird daher in 2011 vollständig neu veranschlagt.
06.02.03/0081.785210	Sanierung von Kinderspielplätzen; die Sanierung soll in <u>2011, 2012 und 2013</u> zugunsten der Errichtung des Jugend- u. Sportparks Wilhelmshöhe <u>zurückgestellt</u> werden. Für <u>2013</u> sind lediglich <u>10.000 €</u> für zukünftige Sanierungsmaßnahmen veranschlagt.
06.02.03/0186.785210	Errichtung des Jugend- und Sportparks Wilhelmshöhe; <u>geplante</u> neue Maßnahme gemäß SV 032/2011.
12.01.01/0187.785210	Bau des <u>ZOB</u> mit dem Ziel größtmöglicher Barrierefreiheit.
12.01.01/0188.785210	Errichtung von <u>10 Kurzzeit- und 2 Schwerbehindertenparkplätzen</u> . Beide Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit dem Kauf und der Kernsanierung des Bahnhofsgebäudes durch einen privaten Investor.
01.01.13/0183.783100	Die unterbrechungsfreie Stromversorgung im VG I soll schnellstmöglich erneuert werden. Siehe auch SV 038/2011.
06.01.02/0001.783100	Für die <u>Kita Märkische Str.</u> ergibt sich für 2011 folgender Bedarf f. d. Beschaffung von Ausstattungsgegenständen: <u>800 €</u> f. Elternsitzgruppe, <u>2.000 €</u> f. 25 Stühle, <u>2.300 €</u> f. Schrankwand.
06.01.02/0185.783100	Ausstattung der geplanten „U 3 Gruppe“ in der <u>Kita Mühlenweg</u> ; Zuschuss siehe 06.01.02/0185.681100.
02.01.08/0015.781200	Die <u>Beschaffungen</u> für den Bereich „ <u>Digitalfunk</u> “ verschieben sich wie folgt auf die Jahre <u>2012 und 2013</u> : <u>2012</u> : Beschaffung Fahrzeugfunk und Festfunkanlagen, <u>2013</u> : Beschaffung Handfunkgeräte.

Zusammenfassende Darstellung der nachfolgenden Produktbeschreibungen, bei denen sich durch den Entwurf des 2. Nachtrags Änderungen von Kennzahlen ergeben haben

Produkt	
Nr.	Bezeichnung
16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen
16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
04.01.05	Bücherei
09.02.02	Bodennutzung
09.03.01	Geoinformationen
13.01.01	Öffentliche Grünflächen
15.01.02	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft	verantwortlich: Hr. Kuss
Produktgruppe	16.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	
Produkt	16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	Rechtsbindung:

Beschreibung																													
Grund-, Gewerbe-, Hunde- und Vergnügungssteuer; Allgemeine Investitionspauschale, Schlüsselzuweisungen, Kreisumlage, Schul- und Sportpauschale																													
Auftrag			Zielgruppe																										
gesetzliche Pflichtaufgabe; Art und Umfang gesetzlich vorgeschrieben, Rechtsgrundlage: GO NRW, Grundsteuer- und Gewerbesteuerergesetz, Hundesteuer- und Vergnügungssteuersatzung der Stadt Schwelm, Gemeindefinanzierungsgesetz Nordrhein-Westfalen (GFG)			Rat und Verwaltung, Zahlungspflichtige und Zahlungsempfänger																										
Ziele																													
Erzielung von Erträgen zur Deckung der Aufwendungen des Gesamthaushaltes; rechtzeitige, vollständige und wirtschaftliche Steuerfestsetzung bzw. -erhebung auch im Hinblick auf den Grundsatz der Steuergerechtigkeit																													
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 35%;">Grundinformationen / Kennzahlen</th> <th style="width: 15%;">HH-Jahr 2008</th> <th style="width: 15%;">HH-Jahr 2009</th> <th style="width: 15%;">HH-Jahr 2010</th> <th style="width: 15%;">HH-Jahr 2011</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Teilergebnis pro Einwohner/in</td> <td style="text-align: right;">755,75 €</td> <td style="text-align: right;">644,36 €</td> <td style="text-align: right;">590,63 €</td> <td style="text-align: right;">628,43 €</td> </tr> <tr> <td>Anzahl der Vollzeitstellen gesamt</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> </tr> <tr> <td>davon Beschäftigte</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> </tr> <tr> <td>davon Beamte</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> <td style="text-align: right;">0,00</td> </tr> </tbody> </table>					Grundinformationen / Kennzahlen	HH-Jahr 2008	HH-Jahr 2009	HH-Jahr 2010	HH-Jahr 2011	Teilergebnis pro Einwohner/in	755,75 €	644,36 €	590,63 €	628,43 €	Anzahl der Vollzeitstellen gesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	davon Beschäftigte	0,00	0,00	0,00	0,00	davon Beamte	0,00	0,00	0,00	0,00
Grundinformationen / Kennzahlen	HH-Jahr 2008	HH-Jahr 2009	HH-Jahr 2010	HH-Jahr 2011																									
Teilergebnis pro Einwohner/in	755,75 €	644,36 €	590,63 €	628,43 €																									
Anzahl der Vollzeitstellen gesamt	0,00	0,00	0,00	0,00																									
davon Beschäftigte	0,00	0,00	0,00	0,00																									
davon Beamte	0,00	0,00	0,00	0,00																									
Erläuterungen																													

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010 / 2011

Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft	verantwortlich: Hr. Kuss
Produktgruppe	16.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	
Produkt	16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Rechtsbindung:

Beschreibung

Zinserträge, Kredite für Investitionen, Kredite zur Liquiditätssicherung, Kreditbeschaffungskosten, Schuldendienst, Zinsen aus Geldanlagen, Schuldenstatistik, Abrechnung Technische Betriebe Schwelm (TBS AöR)

Auftrag

gesetzliche Pflichtaufgabe, Rechtsgrundlage: GO NRW, GemHVO NRW

Zielgruppe

Rat und Verwaltung, Einwohner/innen

Ziele

langfristige Liquiditätssicherung, rechtzeitige und wirtschaftliche Leistung der Auszahlungen, sichere und wirtschaftliche Anlage nicht benötigter Kassenmittel

Grundinformationen / Kennzahlen	HH-Jahr 2008	HH-Jahr 2009	HH-Jahr 2010	HH-Jahr 2011
Gesamtschuldenstand „Investitionskredite“	49.871.590,78 €	48.283.649,62 €	46.783.313,51 €	44.176.828,33 €
davon Stadt	23.473.793,60 €	23.128.230,31 €	21.917.377,19 €	21.658.922,90 €
davon TBS (Altschuldenblock)	26.397.797,18 €	25.155.419,31 €	23.865.936,32 €	22.517.905,43 €
Gesamtschuldenstand „Liquiditätskredite“	36.532.783,48 €	47.872.381,93 €	57.222.667,57 €	70.000.000,00 €
Zinsaufwand (gesamt)	3.938.714,56 €	2.905.076,91 €	2.678.614,95 €	2.879.000,00 €
Zinsaufwand „Investitionskredite“	2.412.984,88 €	2.317.776,91 €	2.234.277,01 €	2.179.000,00 €
davon Stadt	1.107.358,31 €	1.073.831,22 €	1.049.209,79 €	1.052.750,00 €
davon TBS (Altschuldenblock)	1.305.626,57 €	1.243.945,69 €	1.185.067,22 €	1.126.250,00 €
Zinsaufwand „Liquiditätskredite“	1.525.729,68 €	587.300,00 €	444.337,94 €	700.000,00 €
Schuldenstand pro Einwohner/in (nur Stadt)	2.009,73 €	2.404,03 €	2.705,83 €	3.133,85 €
Anzahl der Vollzeitstellen gesamt	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Beschäftigte	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Beamte	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010 / 2011

Produktbereich	04	Kultur und Wissenschaft	verantwortlich: Fr. Weidner
Produktgruppe	04.01	Kultur und Wissenschaft	
Produkt	04.01.05	Bücherei	Rechtsbindung:

Beschreibung

Bereitstellung und Ausgabe von Medien und Informationsmitteln; Bestandsplanung, Beschaffung, Erschließung, technische Bearbeitung, Präsentation, Anpassung der Aufstellung an aktuelle Bedürfnisse, Ausgabe und Rücknahme von Medien, Rückordnung bzw. weitere Präsentation, Beschaffung über den Leihverkehr, Hilfe für Nutzer bei der Recherche; Öffentlichkeits- und Zielgruppenarbeit; zielgruppengerechte Kooperation mit Kindergärten, Schulen, VHS, Vereinen zur Förderung von Lese- und Informationskompetenz und Förderung der Integration; Organisation der ehrenamtlichen Arbeit

Auftrag

freiwillige Aufgabe durch Ratsbeschluss vom 17.02.1938

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche und Erwachsene; Schulen, Behörden und Firmen

Ziele

Zugang für alle Bevölkerungsgruppen zu Medien, zu Informationen und gesellschaftlicher Teilhabe; Bereitstellung von Medien zur Information, Bildung und Freizeitgestaltung; Förderung der Medienkompetenz besonders für Kinder und Jugendliche; Durchführung regelmäßiger Projekte mit Schulen

Grundinformationen / Kennzahlen	HH-Jahr 2008	HH-Jahr 2009	HH-Jahr 2010	HH-Jahr 2011	Grundinformationen / Kennzahlen	HH-Jahr 2008	HH-Jahr 2009	HH-Jahr 2010	HH-Jahr 2011
Medienbestand (gesamt)	34.966	34.168	34.171	34.171	Ausleihungen im Jahr (gesamt)	67.730	67.046	65.135	65.135
Sachbücher	10.101	10.221	10.221	10.221	Sachbücher	8.097	7.578	7.578	7.578
Schöne Literatur	10.211	9.709	9.709	9.709	Schöne Literatur	21.585	22.845	22.845	22.845
Kinder- und Jugendliteratur	7.301	7.309	7.309	7.309	Kinder- und Jugendliteratur	21.685	20.281	20.281	20.281
Zeitschriften	3.067	3.145	3.145	3.145	Zeitschriften	2.958	2.616	2.616	2.616
Tonträger	3.243	3.269	3.269	3.269	Tonträger	12.102	12.447	12.447	12.447
Elektronische Medien	513	513	513	513	Elektronische Medien	1.303	1279	1279	1279
Teilergebnis pro Einwohner/- in	-6,33 €	-7,10 €	-7,70 €	-7,80 €	Aufwandsdeckungsgrad (in %)	11,10	11,98	17,47	24,87
Anzahl der Vollzeitstellen (gesamt)	3,10	3,10	3,02	3,17					
davon Beschäftigte	2,98	2,98	2,90	3,10					
davon Beamte	0,12	0,12	0,12	0,07					

Erläuterungen

In den Personalaufwendungen sind Zuführungen zu Rückstellungen

- a) in 2010 i.H.v. 4.087 €
und
- b) in 2011 i.H.v. 2.066 €

enthalten.

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010 / 2011

Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung/ Geoinformation	verantwortlich: Hr. Sormund
Produktgruppe	09.02	Formelle Planung und Entwicklung	
Produkt	09.02.02	Bodennutzung	Rechtsbindung:

Beschreibung

Regelungen und Sicherung der Bodennutzung und der Gestaltung und Nutzung baulicher Anlagen durch Satzungen, Aufstellungs- und Änderungsverfahren zu Bebauungsplänen, Beratung von Bauwilligen und Architekt/innen, planungsrechtliche Stellungnahmen in Bauantragsverfahren, Bearbeitung städtebaulicher Verträge

Auftrag

gesetzliche Pflichtaufgabe, Rechtsgrundlagen: BauGB u.a.

Zielgruppe

Bürger/innen, Institutionen und Behörden, Grundstückseigentümer/innen u. Bauwillige

Ziele

Sicherung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung (§ 1 Abs. 5 BauGB), Vorgaben stadtgestalterische Kriterien

Grundinformationen / Kennzahlen	HH-Jahr 2008	HH-Jahr 2009	HH-Jahr 2010	HH-Jahr 2011
Teilergebnis pro Einwohner/in	-6,54 €	-6,93 €	-5,58 €	-4,75 €
Neufassung der Gestaltungssatzung „Innenstadt“	0	0	1	0
Einleitung von Bebauungsplanverfahren	6	2	3	k.A.
im Verfahren	14	9	9	k.A.
Abschluss von Bebauungsplanverfahren	1	2	5	k.A.
Änderungsverfahren	2	0	k.A.	k.A.
Planauskünfte/ Beratungen	350	350	350	350
Planungsrechtliche Stellungnahmen	200	200	200	200
Beratungen in Ausschüssen und Rat	50	30	30	30
Anzahl der Vollzeitstellen gesamt	1,40	1,72	1,30	1,40
davon Beschäftigte	1,40	1,72	1,30	1,40
davon Beamte	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen

In den Personalaufwendungen sind Zuführungen zu Rückstellungen

a) in 2010 i.H.v. 0 €

und

b) in 2011 i.H.v. 0 €

enthalten.

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010 / 2011

Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung/ Geoinformation	verantwortlich: Hr. Sormund
Produktgruppe	09.03	Geoinformationen	
Produkt	09.03.01	Geoinformationen	Rechtsbindung:

Beschreibung

Kartographie/ Stadtplanwerk; Bereitstellung und Erfassung von GIS-Daten; Erzeugung thematischer Karten; Betreuung der Anwender von GIS-Daten; Geodatenmanagement; Vergabe von Hausnummern; anwenderseitige Systemadministration; Teilnahme an Grenzterminen und -verhandlungen

Auftrag

gesetzliche Pflichtaufgabe, Rechtsgrundlagen BauGB u.a.

Zielgruppe

Verwaltung intern und extern

Ziele

Grundlagen bereitstellen für Planungen und Entscheidungen verschiedener Verwaltungsbereiche, Bereitstellung von GIS-Anwendungen für städtische Fachbereiche

Grundinformationen / Kennzahlen	HH-Jahr 2008	HH-Jahr 2009	HH-Jahr 2010	HH-Jahr 2011
Teilergebnis pro Einwohner/in	-3,05 €	-3,33 €	-3,13 €	-2,62 €
Kartenauszüge und thematische Pläne	200	200	200	200
Betreute Anwendungen	6	6	10	10
Betreute Anwender	25	25	35	35
Beratungen/ Nachschulungen	200	200	200	200
Stellungnahmen zu Bauanträgen und Teilungen	250	250	250	250
Anzahl der Vollzeitstellen gesamt	1,05	1,05	0,95	0,95
davon Beschäftigte	1,05	1,05	0,95	0,95
davon Beamte	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen

Grenztermine und -verhandlungen werden vom IM wahrgenommen.

In den Personalaufwendungen sind Zuführungen zu Rückstellungen

- a) in 2010 i.H.v. 0 €
- und

- b) in 2011 i.H.v. 0 €
- enthalten.

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010 / 2011

Produktbereich	13	Natur- und Landschaftspflege	verantwortlich: Herr R. Fischer
Produktgruppe	13.01	Natur- und Landschaftspflege	
Produkt	13.01.01	Öffentliche Grünflächen	Rechtsbindung:

Beschreibung

Antrag, Abwicklung und Abrechnung von Landeszuwendungen aus Mitteln des Kleingartenwesens, Abstimmung und Überwachung der Unterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht bei Parkanlagen, Bäumen und Bänken, Bearbeitung von Anträgen auf Baumentfernung, Nutzung von Parkanlagen, Regulierung von Schadensersatzforderungen, Überwachung und Einhaltung des Bundeskleingartengesetzes (BKleinG) bei den 4 Kleingarten-Anlagen, Verträge, Betreuung, Beratung, Abrechnung etc.

Auftrag

gesetzliche Pflichtaufgabe, Rechtsgrundlagen: BGB, GO NRW, GemHVO NRW, Nachbarschaftsrecht, StrWG NW, Landesrichtlinien, BKleinG

Zielgruppe

Einwohner/innen, Besucher öffentlicher Parkanlagen

Ziele

Den Pflegezustand der Parkanlagen zu erhalten und im Rahmen der Mittelverfügbarkeit zu verbessern ,Gewährleistung der jederzeitigen Verkehrssicherheit, Parkanlagen für Veranstaltungen unterschiedlicher Art den Einwohner/innen zur Verfügung stellen ,Förderung und Unterstützung der Kleingartenvereine

Grundinformationen / Kennzahlen	HH-Jahr 2008	HH-Jahr 2009	HH-Jahr 2010	HH-Jahr 2011
Teilergebnis pro Einwohner/in	-12,24 €	-12,99 €	-14,23 €	-14,06 €
Anzahl der Vollzeitstellen gesamt	0,32	0,38	0,24	0,24
davon Beschäftigte	0,32	0,23	0,24	0,24
davon Beamte	0,00	0,15	0,00	0,00

Erläuterungen

Technische Ausführung: TBS AöR

In den Personalaufwendungen sind Zuführungen zu Rückstellungen

a) in 2010 i.H.v. 0 €

und

b) in 2011 i.H.v. 0 €

enthalten.

Entwurf 2. Nachtrag Produktplan 2010/2011

Produktbereich	15	Wirtschaft und Tourismus	verantwortlich: Hr. Kuss
Produktgruppe	15.01	Wirtschaft und Tourismus	
Produkt	15.01.02	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen	Rechtsbindung:

Beschreibung

Beteiligung an der städtischen Sparkasse

Auftrag

gesetzliche Aufgabe nach dem Sparkassengesetz NRW

Zielgruppe

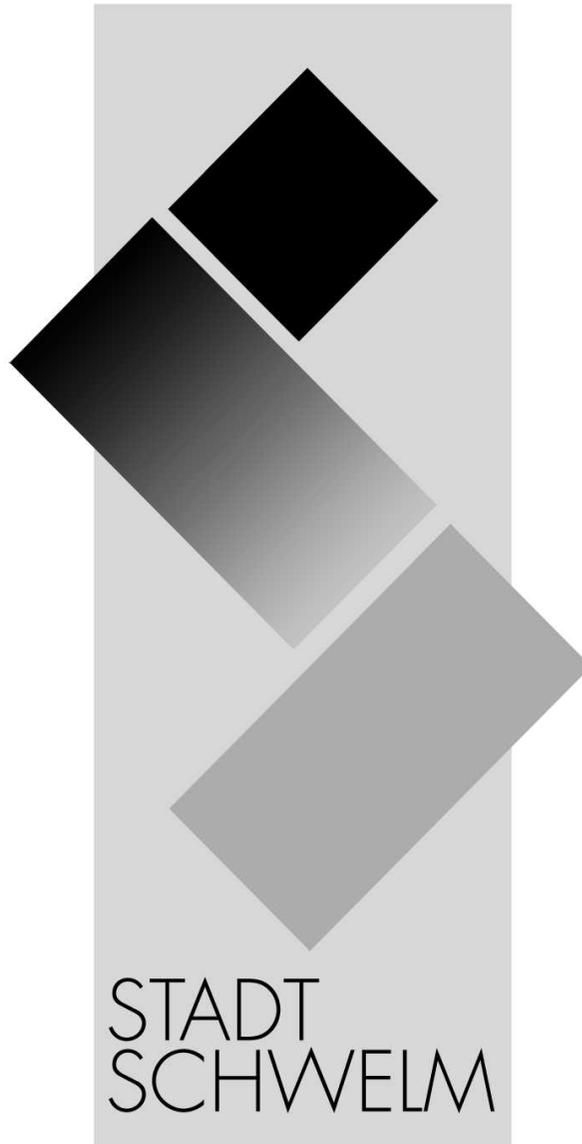
Unternehmen mit kommunaler Beteiligung

Ziele

Stärkung der Finanzkraft der Stadt Schwelm

Grundinformationen / Kennzahlen	HH-Jahr 2008	HH-Jahr 2009	HH-Jahr 2010	HH-Jahr 2011
Teilergebnis pro Einwohner/in	k.A.	11,85 €	11,97 €	11,97 €
Gewinnausschüttung	k.A.	350.000 €	350.000 €	600.000 €
Verlustabdeckung	k.A.	0 €	0 €	0 €
Anzahl der Vollzeitstellen gesamt	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Beschäftigte	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Beamte	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen



**Haushaltssicherungs- und
Personalwirtschaftskonzept
2010 – 2017
in der Fassung des 2. Nachtrags
- Entwurf -**

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzept - Fortschreibung 2010 – 2017 – In der Fassung des 2. Nachtrags – Entwurf -	
1. Grundsätzliche Ausführungen	3003
3. Tabellarische Übersicht der Veränderungen des bisherigen HSK durch den Entwurf des 2. Nachtrags 2010/2011	3018
5. Fortschreibung Ergebnisplan bis 2017	3022
6. Personalwirtschaftskonzept 2010 - 2017	3023

Grundsätzliche Ausführungen

Der Rat der Stadt Schwelm hat am 29.04.2010 die Haushaltssatzung, die Fortschreibung des Haushaltssicherungs – und Personalwirtschaftskonzeptes und den Haushaltsplan nebst Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 verabschiedet. Zur weiteren Fortschreibung des Haushaltssicherungs – und Personalwirtschaftskonzeptes war die Aufstellung eines 1.Nachtrags erforderlich. Dieser wurde am 09.12.2010 vom Rat verabschiedet.

Es fanden weitere HSK – Beratungen in den politischen Gremien statt. Zudem wurden zwei weitere HSK - Abstimmungsgespräche mit der Kommunalaufsicht geführt.

Die Bezirksregierung Arnsberg hat der Stadt Schwelm ausdrücklich bestätigt, dass das erstellte Personalwirtschaftskonzept ihre volle Zustimmung findet.

Auch die freiwilligen Leistungen wurden im letzten Gespräch am 07.02.2011 umfassend erörtert und mit der Bezirksregierung abgestimmt.

Der aktuelle Sachstand im Bereich „Ertragswirtschaft und Beteiligungen“ wurde ebenfalls erörtert.

Sämtliche Ergebnisse sind in die aktualisierte Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes 2010 – 2017 eingeflossen. Das HSK ist in Form des zweiten Nachtrags fortgeschrieben worden.

Der Haushaltsausgleich kann weiterhin im Jahr 2017 dargestellt werden.

Die Haushaltskonsolidierung stellt einen dauerhaften Prozess dar. Der Finanzausschuss wird sich auch in seinen weiteren Sitzungen im Jahr 2011 mit der weiteren Konsolidierung des städtischen Haushalts befassen.

Ein weiteres HSK – Abstimmungsgespräche mit der Kommunalaufsicht findet am 05.04.2011 statt.

Stellungnahme zu einzelnen Prüfpunkten für ein HSK (Leitfaden des Innenministeriums: Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung vom 06. März 2009).

Aufwendungen allgemein:

Die systematische Prüfung und Reduzierung der ordentlichen Aufwendungen bildet einen entscheidenden Bestandteil und Erfolgsfaktor eines HSK. Daher wird vorausgesetzt, dass die Gemeinde die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in einem kontinuierlichen Prozess kritisch überprüft.

Nach Ansicht des OVG kann sich eine Pflicht zur konkreten Einsparung im Einzelfall aus dem Grundsatz der Sparsamkeit der Haushaltsführung erst dann ergeben, wenn eine hinreichend gesicherte Tatsachengrundlage für die aus der Sparmaßnahme resultierenden Folgewirkungen vorhanden ist.

Als Anhaltspunkt für die Prüfung der geplanten ordentlichen Aufwendungen im Haushaltsjahr und im weiteren Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung sind die Orientierungsdaten des Landes heranzuziehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich um Landesdurchschnittswerte handelt. Die örtlichen Konsolidierungsanforderungen machen es in aller Regel erforderlich, dass die Orientierungsdaten für die ordentlichen Aufwendungen von Gemeinden in der Haushaltssicherung als Obergrenze verstanden werden und eine deutliche Unterschreitung dieser Obergrenze angestrebt wird.

Je höher der Konsolidierungsbedarf des Haushaltes einer Gemeinde ist, umso mehr bedarf es im HSK insbesondere bei den ordentlichen Aufwendungen geeigneter Maßnahme zur dauerhaften Rückführung dieses Aufwands sowie einer Unterschreitung der Orientierungsdaten und von Durchschnittswerten vergleichbarer Gemeinden. Grundsätzlich ist von der Gemeinde in Betracht zu ziehen, ob durch interkommunale Zusammenarbeit Aufwand zu reduzieren ist und Aufgaben wirtschaftlicher wahrgenommen werden können.

Über den Planungszeitraum 2010 –2017 betrachtet, sinken in Schwelm die ordentlichen Aufwendungen. Insbesondere kann beim Personalaufwand in den Folgejahren ein Rückgang durch eine konsequente Umsetzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen verzeichnet werden.

Die Orientierungsdaten gehen im Bereich der Aufwendungen von einem Anstieg aus.

Personalaufwendungen:

Die Personalaufwendungen sind eine wichtige Komponente zur Konsolidierung eines Kommunalhaushaltes. Aus diesem Grund ist dem Stand der Personalaufwendungen und ihrer Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ohne deutliche Entlastungen bei den Personalaufwendungen kann i.d.R. ein HSK nicht zum Erfolg geführt werden. Die aufgabenkritische Prüfung des Personalbestandes ist als Daueraufgabe zu verstehen. Im HSK ist das Ziel einer Konsolidierung der Personalaufwendungen zu verfolgen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle Einsparungsmöglichkeiten auszunutzen und in einem nachvollziehbaren aufga-

benkritischen Konzept darzustellen. Das Konzept muss zu folgenden Punkten Stellung beziehen und jeweils durch konkrete Maßnahmen hinterlegt sein:

Analyse der Aufgabenstellung bei einer beabsichtigten Erst- bzw. Wiederbesetzung von Stellen:

- Kann auf die Aufgabenerfüllung ganz oder teilweise verzichtet werden?
- Sind Standardabsenkungen bei der Aufgabenerfüllung möglich?
- Kann die Aufgabe durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden, z.B. durch Zusammenlegung und/oder Verlagerung von Arbeitsbereichen oder durch Technikeinsatz oder durch interkommunale Zusammenarbeit?
- Kommt eine Besetzung mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht?

Wiederbesetzungssperre von mindestens 12 Monaten auf allen Ebenen der Verwaltung, soweit nicht die Durchführung pflichtiger Aufgaben in ihrem Kernbestand gefährdet wird.

Beförderungssperre von mindestens 12 Monaten.

“Intern vor Extern“:

Im Hinblick auf den Stellenabbau ist – soweit möglich – eine interne vor einer externen Besetzung zu realisieren. Dabei ist auch eine Besetzung mit evtl. Berufsrückkehrern mit Anspruch auf Weiterbeschäftigung zu bedenken.

Sonstige Personalmaßnahmen:

In welchen Bereichen kann der Personalaufwand durch sonstige Maßnahmen gesenkt werden, z.B. Überstundenregelung, Leistungsanreize?

Im Rahmen der Dokumentationspflicht (§ 5 GemHVO) soll dem HSK eine Übersicht beigelegt werden, aus der sich die Entwicklung der Anzahl der Stellen laut Stellenplan, der Anzahl der Beschäftigten sowie die Stellenanteile ergeben, jeweils ab dem Haushaltsjahr rückwirkend für einen Zeitraum von 10 Jahren mit Angabe der durch „Aus- bzw. Eingliederungen“ bedingten Veränderungen. Die Anzahl der Beschäftigten sowie die Stellenanteile sind fortzuschreiben.

Vgl. hierzu die detaillierten Ausführungen im Personalwirtschaftskonzept.

Aufwendungen für Sach – und Dienstleistungen

Die Gemeinde soll die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen regelmäßig sowohl bei pflichtigen als auch bei freiwilligen Aufgaben auf Kosteneinsparungen prüfen und darlegen. Organisatorische Veränderungen oder Optimierungen des Anlagevermögens können dazu beitragen, diese Aufwendungen deutlich zu reduzieren.

Es wurde geprüft, inwieweit Aufwendungen für Sach – und Dienstleistungen reduziert werden können.

Im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2010/2011 wurde eine umfangreiche Liste pauschaler Kürzungen beschlossen. Hierin enthalten sind auch entsprechende Kürzungen bei Aufwendungen für Sach – und Dienstleistungen. Es hat sich jedoch bei einer detaillierten Prüfung gezeigt, dass einige im Vorfeld vorgenommene pauschale Kürzungen nicht realisiert werden können. Hierüber wurde im Zusammenhang mit der Abwicklung der HSK – Prüfaufträge wiederholt berichtet.

Die Liste pauschaler Kürzungen wurde im Rahmen der HSK – Fortschreibung entsprechend aktualisiert.

Bilanzielle Abschreibungen

Die Gemeinde soll im Rahmen eines nachhaltigen Vermögensmanagements das Anlagevermögen auf Optimierungspotenziale überprüfen, um wirksam einer hohen Abschreibungslast entgegen zu wirken.

Die Stadt Schwelm prüft eingehend eine Optimierung des Anlagevermögens, z.B. durch Veräußerung von Vermögensgegenständen, die zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden.

Bezüglich der Veräußerung von Anlagenvermögen wird auf die entsprechenden Darstellungen im 1. Nachtrag 2010/2011 verwiesen.

Neue Beschaffungen sind im Rahmen der Abwicklung der Prioritätenliste weiterhin auf das zwingend notwendige Niveau begrenzt.

Transferaufwendungen

Auch bei den pflichtigen Transferaufwendungen sind alle Möglichkeiten einer Reduzierung auszuschöpfen.

Bei Art, Umfang und Ermessensausübung sind die Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verstärkt zu beachten.

Gesetzliche Ansprüche sind mit dem Ziel zu überprüfen, sie auf kostengünstige Weise zu erfüllen.

Die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit werden zwingend beachtet.

Pflichtige Transferaufwendungen werden auf das unumgängliche Maß begrenzt.

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke können erhebliche Konsolidierungspotenziale bestehen. Auch vertraglich vereinbarte Zuschussregelungen sind mit dem Ziel einer Anpassung an die schwierigen Finanzverhältnisse zu überprüfen. Art und Höhe sowie die zeitliche Bindung sind dabei im Verhältnis zur gegebenen Finanzsituation beständig mit dem Ziel zu prüfen, auf Zuweisungen und Zuschüsse ganz zu verzichten oder diese zu begrenzen.

Hierzu wird auf die entsprechenden Darstellungen im 1. Nachtrag 2010/2011 verwiesen.

Der Spielvereinigung Linderhausen wurde ab dem Jahr 2011 die städtische Sportanlage in Schwelm – Linderhausen, Am Sportplatz, zur eigenverantwortlichen Nutzung übertragen. Sie erhält einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 16.900 € zur Platzpflege. Hierdurch können Aufwendungen in Höhe von 22.000 € jährlich im Rahmen der städtischen Sportplatzunterhaltung eingespart werden. Die Duldung des zu Grunde liegenden Vertrages durch die Kommunalaufsicht liegt vor.

Schuldendiensthilfen

Nach den gleichen Maßstäben wie bei den Zuweisungen und Zuschüssen sind Schuldendiensthilfen auf Möglichkeiten zur Reduzierung zu prüfen.

Schuldendiensthilfen werden durch die Stadt Schwelm nicht gewährt.

Sozialtransferaufwendungen

Eine aufgabengerechte und wirtschaftliche Organisation der Leistungsbearbeitung kann zu einer Konsolidierung ebenso beitragen, wie ein wirtschaftliches Controlling der Abrechnung mit anderen oder übergeordneten Leistungsträgern. Gesetzliche Ansprüche gegenüber Drittverpflichteten sind nicht nur geltend zu machen, sondern auch durchzusetzen. Bei gesetzlichen Ermessens-, Bewertungs- – und Beurteilungsspielräumen ist die Haushaltssituation zu berücksichtigen. Hier bedarf es generell und im Einzelfall einer den örtlich schwierigen Finanzverhältnissen und der gegebenen Konsolidierungsaufgabe angepassten Praxis.

Auch dieser Prüfpunkt wird von der Stadt Schwelm entsprechend umgesetzt.

Steuerbeteiligungen, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Soweit die Gemeinde auf die Höhe von Umlagen Einfluss nehmen kann (z.B. bei Zweckverbänden), sind Möglichkeiten zur Reduzierung der Umlagen auszuschöpfen.

Auch hier werden Einflussmöglichkeiten konsequent geprüft, beispielhaft sei hier der Prüfauftrag „VHS – Umlage“ erwähnt.

Sonstige Transferaufwendungen

Die Gemeinde hat besonders auf die Wirtschaftlichkeit der Eigenbetriebe, der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und Unternehmen zu achten. Die Gewährung von Zuschüssen und die Abdeckung von Verlusten sollen möglichst vermieden bzw. weitestgehend reduziert werden. Die Möglichkeit zur Erzielung von Überschüssen in den wirtschaftlichen Unternehmen ist an den Maßstäben des § 109 Abs. 2 GO zu prüfen. Die sonstigen Transferaufwendungen sind im HSK für jedes wirtschaftliche Unternehmen betragsmäßig auszuweisen.

Bezüglich der Gewinnausschüttung der Technischen Betriebe Schwelm AÖR wird auf die entsprechenden Darstellungen im 1. Nachtrag 2010/2011 verwiesen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Sonstige Personal – und Versorgungsaufwendungen

Diese Aufwendungen sind regelmäßig auf die gegebenen gesetzlichen Leistungsverpflichtungen zu begrenzen.

Hierzu wird auf die Ausführungen im Personalwirtschaftskonzept verwiesen.

Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten

Die Gemeinde hat die neue Inanspruchnahme von Rechten und Diensten grundsätzlich in Frage zu stellen und kritisch zu prüfen. Bei bestehenden Verpflichtungen hat die Gemeinde zu prüfen und darzulegen, ob sie gemessen an der Finanzlage der Gemeinde weiterhin notwendig und vertretbar sind, ggf. wann und wie sie zu beenden oder zu begrenzen sind.

Die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten wird bei der Stadt Schwelm auf das Mindestmaß begrenzt.

Geschäftsaufwendungen

Den Geschäftsaufwendungen kommt eine besondere Signalwirkung für die Konsolidierung des Haushaltes zu. Sie sind als weitgehend gestaltungsfähige und beeinflussbare Position des Kommunalhaushaltes besonderes restriktiv im Sinne des Grundsatzes der Sparsamkeit zu bewirtschaften.

Es wird kontinuierlich eine Reduzierung der Geschäftsaufwendungen angestrebt.

Versicherungen, Schadensfälle

Die Gemeinde soll den Bestand ihrer Versicherungen mit dem Ziel einer Optimierung des Aufwandes überprüfen. In Schadensfällen ist besonders darauf zu achten, vertragliche Leistungsansprüche geltend zu machen und zu realisieren.

Hierzu wird auf die entsprechenden Darstellungen im 1. Nachtrag 2010/2011 verwiesen.

Erstattungen für Aufwendungen Dritter aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Gemeinde hat stets zu prüfen, ob und wie Erstattungen für Aufwendungen Dritter aus laufender Verwaltungstätigkeit begrenzt werden können. Insbesondere soll die Gemeinde die Leistungsbeziehungen zu ihren Unternehmen und Einrichtungen auch unter dem Aspekt der Reduzierung der Erstattungen für Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung und die Reduzierung von Standards überprüfen.

Hierzu wird auf die entsprechenden Darstellungen im 1. Nachtrag 2010/2011 verwiesen.

Weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Hinsichtlich der Verfügungsmittel, der Fraktionszuwendungen und der übrigen weiteren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gelten die zuvor bei den Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten und den Geschäftsaufwendungen erläuterten Grundsätze, d.h. auch sie sind auf Kosteneinsparungsmöglichkeiten zu prüfen.

Hierzu wird auf die entsprechenden Darstellungen im 1. Nachtrag 2010/2011 verwiesen.

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Zahlreiche Kommunen in der Haushaltssicherung weisen hohe Verbindlichkeiten auf, die zu erheblichen Zinsbelastungen und zu einem negativen Finanzergebnis beitragen. Dies erschwert den Haushaltsausgleich. Darüber hinaus bergen hohe Liquiditätssicherungskredite unter dem Aspekt der Zinsänderung ein zusätzliches Risiko.

Deshalb sind zahlungswirksame Ertragsverbesserungen vorrangig zur Rückführung der Kredite zur Liquiditätssicherung zu verwenden.

Es ist grundsätzlich zu empfehlen, dass von der Gemeinde in einer Richtlinie explizite Begrenzungen insbesondere für die Risikokategorien Liquiditätsrisiko, Zinsrisiko, Währungsrisiko und Bonitätsrisiko festgelegt werden.

In den vergangenen Jahren wurde die Notwendigkeit von Umschuldungen/Prolongationen konsequent genutzt, den durchschnittlichen Zinssatz zu senken. Kurzfristige Kredite (Liquiditätskredite) werden in Abhängigkeit von den aktuellen Zinsangeboten in einem Mix aus kurzfristigen Geldern und Monatsgeldern aufgenommen.

Mehrerträge, die ggf. bei der Ausführung des Haushalts gegenüber den Ansätzen bei kommunalen Steuern, allgemeinen Landeszuweisungen und sonstigen Erträgen entstehen, werden grundsätzlich zur Reduzierung des Fehlbedarfs des jeweiligen Teilergebnisplanes eingesetzt.

Risikobehaftete Zinsinstrumente (Derivate /Fremdwährungskredite) werden von der Stadt Schwelm nicht eingesetzt.

Erträge allgemein

Zu den Erfolgsfaktoren eines HSK gehört, dass die Gemeinde ihre Möglichkeiten zur Erzielung von ordentlichen Erträgen ausschöpft. Die Planung dieser Erträge muss jedoch realistisch sein, da anderenfalls das Ziel der Wiederherstellung und Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Gemeinde verfehlt wird.

Als Anhaltspunkt für die Prüfung der geplanten ordentlichen Erträge im Haushaltsjahr und in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzrechnung sind die Orientierungsdaten des Landes heranzuziehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich um Landesdurchschnittswerte handelt. Dies gilt insbesondere für die Erträge der Gewerbesteuer, die örtlich erheblich von der landesdurchschnittlichen Entwicklung abweichen können. Sofern die Gemeinde im HSK von höheren Steuererträgen ausgeht, als sich aus den Veränderungsraten der Orientierungsdaten ergibt, sind hierzu besondere Erläuterungen erforderlich, die die Abweichung begründen.

Eine bestimmte Rangfolge der gemeindlichen Deckungsmittel legt § 77 Abs. 2 GO fest. Soweit Erträge ohne Inanspruchnahme der Bürger erzielt werden können, sind diese als „sonstige Finanzmittel“ in erster Linie zu realisieren. Weiter ist die Gemeinde durch diese Norm gehalten, ihre Ertragsquellen vorrangig dadurch zu erschließen, dass sie von denjenigen Bürgern, die bestimmte kommunale Leistungen in Anspruch nehmen, angemessenen Kostenbeteiligungen in Gestalt spezieller Entgelte verlangen. Die Erhebung von Steuer ist demgegenüber nachrangig.

Für Gemeinden mit unausgeglichenem Ergebnisplan gilt allerdings, dass diese in besonderer Weise gehalten sind, alle Ertragsmöglichkeiten zu realisieren, um schnellstmöglich wieder ihrer Verpflichtung zur Herstellung eines Ausgleichs in Planung und Rechnung nachzukommen. Dies gilt gleichermaßen auch für die Realisierung sonstiger Transfererträge (z.B. bei der Heranziehung von Drittverpflichteten). Nach dem OVG NRW sind Gemeinden mit defizitärer Haushaltslage in besonderer Weise gehalten, Einnahmemöglichkeiten zu realisieren. Dies gilt umso mehr für Gemeinden, die über kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept verfügen.

Hierzu wird auf die entsprechenden Darstellungen im 1. Nachtrag 2010/2011 verwiesen.

Die Beschlussfassung über die Neufassung der Entgelt – und Nutzungsordnung für die Nutzung städtischer Schul – und Kulturräume wurde in die Ratssitzung am 31.03.2011 vertagt.

Steuern und ähnliche Abgaben

Die Hebesätze der Realsteuern (Grundsteuern und Gewerbesteuern) müssen bezogen auf die Gemeindegrößenklasse mindestens in Höhe des jeweiligen Landesdurchschnitts festgesetzt sein. Die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung bleiben unberührt. Eine Senkung der jeweiligen Hebesätze bis auf den Durchschnitt der Größenklassen kann erst in Betracht kommen, wenn das gesetzliche Ziel „Haushaltsausgleich“ erreicht ist und die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde durch Senkung der Steuerhebesätze nicht gefährdet wird.

Ggf. eintretende steuerliche Mehrerträge sollen konsequent zur Verringerung der Verbindlichkeiten und nicht für neue höhere Aufwendungen eingesetzt werden.

Hierzu wird auf die entsprechenden Darstellungen im 1. Nachtrag 2010/2011 verwiesen.

Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die Gemeinde hat die Finanzierung ihrer Leistungen, vor allem der Aufwendungen für kostenrechnende Einrichtungen, vorrangig durch spezielle Entgelte und erst nachrangig durch Steuern oder Kredite zu decken (vgl. Erträge allgemein). Bei der Bestimmung von Ausmaß und Umfang der durch spezielle Entgelte zu beschaffenen Finanzmittel hat sie die gesetzliche Einschränkung auf den Rahmen des Vertretbaren und Gebotenen zu beachten.

Kostenrechnende Einrichtungen werden von der Stadt Schwelm nicht unterhalten.

Finanzerträge

Hinsichtlich der Finanzerträge ist zu prüfen, ob gemäß § 109 GO durch stärkere Teilhabe der Beteiligungen an einer Konsolidierung des Haushalts gegebene Finanzerträge erhöht werden können (vgl. Beteiligungen und Nachweis von Konsolidierungseffekten bei erfolgten Ausgliederungen).

Es werden alle Bemühungen unternommen, die Ergebnisse an Beteiligungen haushaltsentlastend zu gestalten. Der Konsolidierungsbeitrag aus der Ausschüttung des Sparkassengewinns musste angepasst werden. Es wird von folgender Gewinnausschüttung ausgegangen:

<i>2010</i>	<i>2011</i>	<i>2012</i>	<i>2013</i>	<i>2014</i>	<i>2015</i>	<i>2016</i>	<i>2017</i>
<i>350.000 €</i>	<i>550.000 €</i>	<i>600.000 €</i>	<i>650.000 €</i>	<i>700.000 €</i>	<i>750.000 €</i>	<i>800.000 €</i>	<i>850.000 €</i>

Pflichtaufgaben (Pflichtige Leistungen)

Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben sind Aufgaben, zu deren Wahrnehmung die Gemeinde durch Gesetz verpflichtet ist, bei denen sie aber die Art und Weise der Aufgabenwahrnehmung gestalten kann. Das „Ob“ der Aufgabenwahrnehmung steht nicht zur Disposition, aber das „Wie“.

Zwar wird oft angenommen, dass die Höhe der Aufwendungen für pflichtige Aufgaben wegen der Verpflichtung zu Aufgabenwahrnehmung gar nicht oder nur wenig beeinflusst werden kann, dies ist jedoch nicht der Fall. Im Bereich der pflichtigen Aufgaben sind erhebliche Konsolidierungspotenziale vorhanden. Die Gemeinde muss daher die Aufwendungen für Pflichtaufgaben einer systematische Prüfung unterziehen. Dies kann z.B. durch die Überprüfung und Reduzierung von Standards erreicht werden. Potenziale zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung können durch interkommunale Vergleiche erkennbar gemacht werden.

Die Möglichkeit der Reduzierung von Standards wurde einer umfangreichen Prüfung unterzogen. In einem ersten Schritt konnten Aufwendungen bereits reduziert werden, es hat sich jedoch bei einer detaillierten Prüfung gezeigt, dass einige im Vorfeld vorgenommene pauschale Kürzungen nicht realisiert werden können. Andernfalls würde dies z.B. im Bereich der Bauunterhaltung zu Schäden an der städtischen Vermögenssubstanz führen.

Im Übrigen wird auf die entsprechenden Darstellungen im 1. Nachtrag 2010/2011 verwiesen.

Freiwillige Aufgaben (Freiwillige Leistungen)

Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben sind solche Aufgaben, zur deren Wahrnehmung die Gemeinde nicht gesetzlich verpflichtet ist. Typischerweise entscheidet die Gemeinde bei freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben frei über das „Ob“ und „Wie“ der Aufgabenwahrnehmung. Bindet sich die Gemeinde durch Vertrag im Bereich einer freiwilligen Aufgabe, ändert das nichts am Aufgabencharakter.

Um freiwillige Aufgaben handelt es sich im Falle pflichtiger Aufgaben auch, wenn die Gemeinde teilweise oder völlig auf Gebührenerträge verzichtet oder Erstattungen, Zuschüsse und ähnliche Leistungen gewährt, die über den rechtlich festgelegten Rahmen hinausgehen.

Wenn bei pflichtigen Aufgaben gespart werden muss, können freiwillige Leistungen bei der Konsolidierung nicht außer Betracht bleiben.

Bei den freiwilligen Aufgaben, die die Gemeinde erbringt, hat sie im Einzelnen zu prüfen, ob sie aufgegeben werden können. Soweit freiwillige Leistungen jedoch nicht völlig aufgegeben werden sollen, sind Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwandes zu prüfen.

Neue freiwillige Leistungen sind nur zulässig, wenn sie durch den Wegfall bestehender freiwilliger Leistungen mindestens kompensiert werden. Außerdem ist der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

Verlagerungen freiwilliger Leistungen auf andere Bereiche (z.B. Eigenbetriebe und Unternehmen) können nur dann einen Konsolidierungsbeitrag leisten, wenn die Aufgabe dort wirtschaftlicher wahrgenommen werden kann. Es ist zu vermeiden, dass es durch die Verlagerung zu einem Zuschussbedarf oder/und zu einer Minderung der Ertragsablieferung an die Gemeinde kommt.

Es werden keine neuen vertraglichen Verpflichtungen zu freiwilligen Leistungen eingegangen, soweit nicht hierdurch alternativ greifende, zwingende gesetzliche Verpflichtungen mit höheren finanziellen Belastungen vermieden werden können (vgl. hierzu Erläuterung zu den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke zur Platzpflege ‚Sportplatz Linderhausen‘).

Ermächtigungsübertragungen

Im Rahmen der Konsolidierung ist es erforderlich, von Ermächtigungsübertragungen möglichst gar nicht oder nur sehr zurückhaltend Gebrauch zu machen. Die Gemeinde muss vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich schlechteren Finanzlage beabsichtigte und bereits anfinanzierte Projekte, für die Ermächtigungsübertragungen vorgesehen sind, erneut auf den Prüfstand stellen. Ggf. ist auf eine weitere Realisierung der Projekte zu verzichten oder es ist die Bildung selbstständig nutzungsfähiger kleinerer Abschnitte vorzusehen und andere Abschnitte des Projekts sind zeitlich aufzuschieben. Noch nicht begonnene Maßnahmen sind zurückzustellen, es sei denn, dass ihre Durchführung auf einer Rechtspflicht beruht.

Nicht in Anspruch genommene Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne von § 22 Abs. 1 und 2 GemH-VO, deren Grundlage entfallen ist oder die frühestens im übernächsten Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden können, sind abzusetzen, da ansonsten der Fehlbetrag erhöht und der Haushaltsausgleich hinausgezögert würden. Sollen dennoch Ermächtigungen übertragen werden, so hat der Rat die Maßnahmen kritisch auf ihre Haushaltsverträglichkeit zu prüfen.

*Die Stadt Schwelm verzichtet seit der Umstellung auf das NKF (01.01.2008) **vollständig** auf Ermächtigungsübertragungen.*

Kostenrechnende Einrichtungen

Der Zuschussbedarf für kostenrechnende Einrichtungen ist konsequent durch die Reduzierung von Aufwendungen und / oder die Steigerung von Erträgen zu begrenzen. In den Gebührenhaushalten dürfen keine Unterdeckungen entstehen. Dabei müssen sich die Kalkulationsgrundlagen an den betriebswirtschaftlich und rechtlich zulässigen Möglichkeiten ausrichten.

Kostenrechnende Einrichtungen werden von der Stadt Schwelm nicht unterhalten.

Beteiligungen und Nachweis von Konsolidierungseffekten bei erfolgten Ausgliederungen

Die Konsolidierung muss auch alle Beteiligungen der Gemeinde einbeziehen. Auf die Beteiligungen sind die Maßstäbe der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden konsequent anzuwenden. Die Möglichkeit zur Zuschussreduzierung bzw. zur Erzielung von Überschüssen durch angemessene Gewinnbeteiligungen für den kommunalen Haushalt ist bei der Aufgabenwahrnehmung, der Gestaltung der Leistungsbeziehungen und der Bilanzierung, auszuschöpfen. § 109 GO (Überschüsse) ist zu beachten.

Geplante bzw. beabsichtigte Konsolidierungseffekte sind als gesonderte Maßnahmen im HSK darzustellen, jährlich fortzuschreiben und daraufhin zu überprüfen, ob und in welchem Umfang sie tatsächlich realisiert werden können.

Vgl. Erläuterungen zu den Finanzerträgen.

FINANZPLAN

Eine geordnete und zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzwirtschaft ist dauerhaft nur mit einer stabilen Liquiditätslage zu gewährleisten. In der Regel verfügt die Gemeinde über eine stabile Liquiditätslage, wenn der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit wenigstens ausreichend ist, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung aufgenommener Darlehen zu decken.

Die Gemeinde hat daher eine Konsolidierung ihrer Liquiditätslage mit Nachdruck zu verfolgen. Insbesondere soll sie jede sich bietende Möglichkeit zur Rückführung der Kredite zur Liquiditätssicherung nutzen, um sowohl den Aufwand für die Zinsen als auch die Risiken durch Zinsänderungen zu minimieren.

Bei den Auszahlungen für Investitionen soll die Gemeinde eine Nettoneuverschuldung vermeiden. Bei Investitionen soll berücksichtigt werden, dass damit in der Regel Abschreibungen und weitere Folgekosten in Form von Sach- und Personalaufwendungen entstehen, die den Haushaltsausgleich erschweren.

Vgl. Erläuterungen zu Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen.

BILANZ

Nach § 95 Abs. 1 S.3 GO i.V.m. § 37 Abs. 1 S.2 Nr. 4 GemHVO ist die Gemeinde verpflichtet, im Rahmen des Jahresabschlusses eine Bilanz zu erstellen.

Sofern die Gemeinde aufgrund von § 75 Abs. 5 GO zur Aufstellung eines HSK verpflichtet ist, können die erforderlichen Maßnahmen aus dem Jahresabschluss, der die Pflicht zur Aufstellung eines HSK ausgelöst hat, entwickelt werden.

Aber auch im Regelfall der Aufstellung und Fortführung eines HSK in Verbindung mit der Aufstellung des Haushalts kann und soll das HSK Maßnahmen zur Verbesserung der Bilanzstruktur enthalten. Dabei sind von der Gemeinde insbesondere folgende Ziele anzustreben:

- Rückführung der Kredite zur Liquiditätssicherung (als vorrangiges Ziel).
- Rückführung der längerfristigen Verbindlichkeiten, vor allem dann, wenn die Verbindlichkeiten im interkommunalen Vergleich überdurchschnittlich sind.

- Optimierung der Struktur des Anlagevermögens und zu diesem Zweck Untersuchung des Vermögens daraufhin, inwieweit es für öffentliche Zwecke noch benötigt wird.
- Vermögensveräußerung, um den Aufwand für Zinsen und Abschreibungen zu minimieren.
- Optimierung des Forderungsmanagements, insbesondere eine zügige Realisierung ausstehender, fälliger Forderungen (dies gilt vor allem für HSK -Kommunen).

Grundsätzlich führen Fehlbeträge zu einer Reduzierung des Eigenkapitals und wirken sich damit negativ in der Bilanz aus. Im HSK sind alle Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die zu einer Reduzierung des Fehlbetrags geeignet sind.

Im Falle des völligen Verbrauchs des Eigenkapitals (§ 75 Abs. 7 GO, Überschuldung), reicht es nicht mehr aus, dass die Gemeinde einen ausgeglichenen Haushalt anstrebt oder erreicht. Vielmehr muss die Gemeinde in diesem Fall die Erwirtschaftung von Überschüssen einplanen (durch eine noch stärkere Senkung von Aufwendungen und eine weitere Steigerung von Erträgen), um wieder ein positives Eigenkapital zu erreichen sowie einen weiteren Eigenkapitalaufbau anzustreben.

Hierzu wird auf die bisherigen Stellungnahmen verwiesen. Die aktualisierte Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzept 2010 – 2017 geht weiterhin davon aus, dass durch die verstärkte Senkung von Aufwendungen, bzw. weitere Steigerung von Erträgen ab 2017 Überschüsse erzielt werden können.

Tabellarische Übersicht der Veränderungen des bisherigen HSK
durch den Entwurf des 2. Nachtrags 2010/2011

Haushaltsstelle		nachrichtlich		Planungszeitraum							Erläuterungen	
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016		2017
Erträge												
Bereitstellung der Grundschule Engelbertstraße												
03.01.05.446100	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte			0	-12.100	-12.100	-12.100	-12.100	-12.100	-12.100	-12.100	Im Rahmen der Neufassung der Entgelt- und Nutzungsordnung für städtische Räume ist eine Neufestsetzung der Nutzungsgebühren für die Nutzung der Aula der Grundschule Engelbertstraße vorgesehen (siehe Sitzungsvorlage 230/2010/3). Es ergibt sich ein verringertes Leistungsentgelt.
Bücherei												
04.01.05.448200	Erträge aus Kostenerstattungen./ -umlagen von Gemeinden (GV)			0	15.700	37.650	37.650	37.650	37.650	37.650	37.650	Erstattung der Stadt Sprockhövel für Personaleinsatz. Es wird von einer Fortdauer der Kooperation über den 31.07.2011 hinaus ausgegangen.
Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen												
15.01.02.465100	Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen und aus Beteiligungen			0	-50.000	-400.000	-350.000	-300.000	-250.000	-200.000	-150.000	Aktualisierung des Ansatzes "Gewinnausschüttung Sparkasse"
Zwischensumme I Erträge		0	0	0	-46.400	-374.450	-324.450	-274.450	-224.450	-174.450	-124.450	
Aufwendungen												
Zentrales Gebäudemanagement												
01.01.13.521100	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen			0	-134.000	-50.000	-140.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	Mehrbedarf 2011 ff. auf Grund Fremdvergabe Anstreicherarbeiten (+ 50.000 € durchgängig), 2011 weiterhin + 44.000 € f. Erneuerung Salz - Elektrolyse Hallenbad und +40.000 € Umbau Gustav-Heinemann-Schule, 2013:+ 90.000 € f. Dachsanierung VG I

Haushaltsstelle		nachrichtlich		Planungszeitraum							2017	Erläuterungen	
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016			
01.01.13.521121	Wartung technischer Anlagen von Gebäuden			0	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400	Anpassung an tats. Ergebnis 2010, Brandschutzmaßnahmen 2010/2011 verursachen Folgekosten im Wartungsbereich
01.01.13.522110	An TBS für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens			0	-83.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	2011 Mehrbedarf Sportplatz Rennbahn: 2. BA Erneuerung Platzentwässerung (+ 52.000 €) sowie Tennensanierung (+ 53.000 €); Reduzierung um 22.000 € durch Übertragung der Platzpflege Sportplatz Linderhausen (vgl. 01.01.13.531700) ab 2011
01.01.13.524190	Sonstige Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen			0	-76.600	-156.400	-156.400	-156.400	-156.400	-156.400	-156.400	-156.400	Erhöhung um jährlich 50.000 € für Winterdienstleistungen, ferner Umstellung Fremdreieung Gymnasium: 2011: 26.600 €, ab 2012 jährlich 106.400 €, die Mehraufwendungen werden durch Einsparungen von rd. 204.000 € im wesentlichen im Personal- und Verwaltungsbereich ausgeglichen (Einsparungen sind bereits im bisherigen Personalwirtschaftskonzept eingearbeitet)
01.01.13.531700	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen			0	-16.900	-66.900	-61.900	-56.900	-51.900	-51.900	-51.900	-51.900	Erhöhung durch: Zuschussgewährung an den Trägerverein "Schwelmebad" 2012 - 2017 gemäß Ratsbeschluss vom 20.01.2011 (2012:+ 50.000 €, 2013:+ 45.000 €, 2014:+ 40.000 €, 2015 ff:+ 35.000 €), zudem neu ab 2011 jährlich + 16.900 € Zuschuss an Spielvereinigung Linderhausen (siehe hierzu auch Reduzierung bei 01.01.13.522110)
Brandschutz													
02.01.08.522110	An TBS für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens			0	-24.000	0	0	0	0	0	0	0	2011 einmalig Grundsanierung 0 Feuerlöschteich "Fastenbecke"

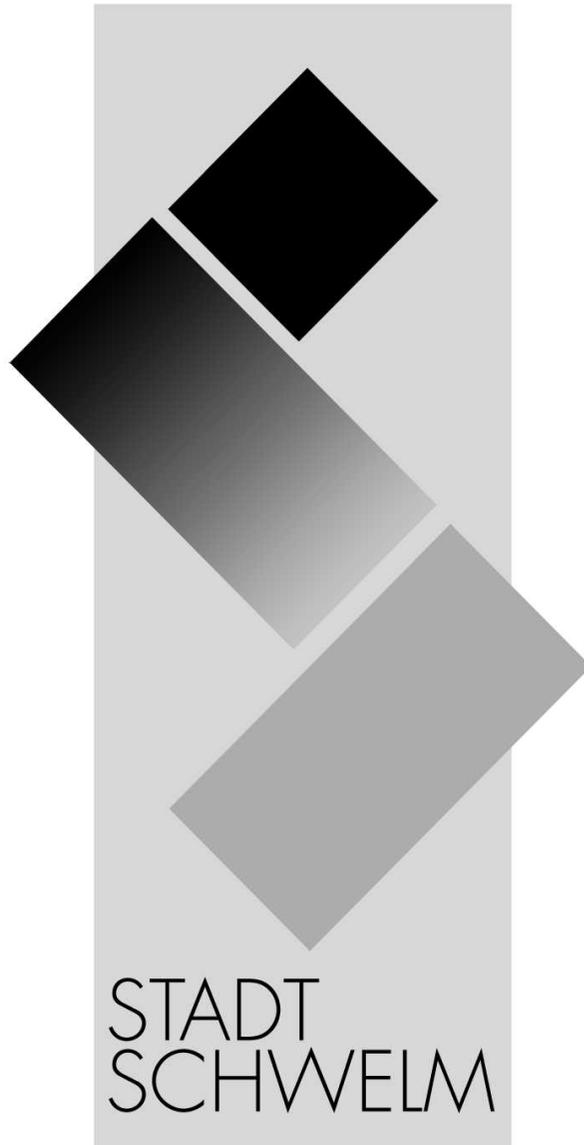
Haushaltsstelle		nachrichtlich		Planungszeitraum							Erläuterungen	
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016		2017
Bodennutzung												
09.02.02.529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen			0	-27.000	0	0	0	0	0	0	Mehrbedarf 2011(Neuveranschlagung) für: Vermessungs-/Planungs-/Gutachterleistungen Baugebiet "Winterberg", Arbeiten wurden 2010 beauftragt, Leistungen werden erst 2011 erbracht
Geoinformationen												
09.03.01.529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen			0	-14.500	0	0	0	0	0	0	Mehrbedarf 2011 für: Umstellung städtischer Geodaten (+ 8.000 €), Geoportal (+6.500 €)
Gemeindestraßen/-wege,-plätze												
12.01.01.522116	An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung			0	-9.900	-9.900	-9.900	-9.900	-9.900	-9.900	-9.900	Aufwandszahlungen an TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung, siehe auch Sitzungsvorlage 226/2010, Folgejahre entsprechend dem Ansatz 2010
12.01.01.522119	An TBS für Winterdienst			0	-34.000	-34.000	-34.000	-34.000	-34.000	-34.000	-34.000	Anpassung des Ansatzes an das Rechnungsergebnis 2010
Landesstraßen												
12.01.02.522116	An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung			0	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400	Aufwandszahlungen an TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung, siehe auch Sitzungsvorlage 226/2010, Ansatz 2011 ff. entspricht dem Ansatz 2010
Bundesstraßen												
12.01.03.522116	An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung			0	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400	Aufwandszahlungen an TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung, siehe auch Sitzungsvorlage 226/2010, Ansatz 2011 ff. entspricht dem Ansatz 2010

Haushaltsstelle		nachrichtlich		Planungszeitraum							Erläuterungen	
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016		2017
Parkeinrichtungen												
12.01.04.522116	An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung			0	-700	-700	-700	-700	-700	-700	-700	Aufwandszahlungen an TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung, siehe auch Sitzungsvorlage 226/2010, Ansatz 2011 ff. entspricht dem Ansatz 2010
ÖPNV												
12.01.05.522116	An TBS für die Unterhaltung Straßenbeleuchtung			0	-1.150	-1.150	-1.150	-1.150	-1.150	-1.150	-1.150	Aufwandszahlungen an TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung, siehe auch Sitzungsvorlage 226/2010, Ansatz 2011 ff. entspricht dem Ansatz 2010
Öffentliche Grünflächen												
13.01.01.521130	An TBS für Grün - und Baumpflege			0	-26.000	0	0	0	0	0	0	Mehrbedarf 2011 für: Wegesanierung Parkanlage "Brunnen"
	Zwischensumme II Aufwendungen	0	0	0	-466.950	-316.250	-401.250	-306.250	-301.250	-301.250	-301.250	
	Gesamtsumme I - II	0	0	0	-513.350	-690.700	-725.700	-580.700	-525.700	-475.700	-425.700	
	Fehlbedarf unter Berücksichtigung der Gesamtsummen I und II	4.451.899	13.331.677	12.515.690	10.828.814	8.067.222	5.900.952	3.774.560	1.939.308	18.535	-2.104.094	
	Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage	4.451.899	7.183.608	12.515.690	10.828.814	8.067.222	5.900.952	3.774.560	1.939.308	18.535	-2.104.094	
	Verbleibendes Defizit (2017 Überschuss)	0	6.148.069	12.515.690	10.828.814	8.067.222	5.900.952	3.774.560	1.939.308	18.535	-2.104.094	
	Bestand "Allgemeine Rücklage" zum 01.01. des Jahres	40.040.077	40.040.077	33.892.008	21.376.318	10.547.504	2.480.282	-3.420.670	-7.195.230	-9.134.538	-9.153.073	
	Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage = v.H.	0	6.148.069	12.515.690	10.828.814	8.067.222	5.900.952	3.774.560	1.939.308	18.535	-2.104.094	
		0,00	15,35	36,93	50,66	76,48	100,00					

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Konsolidierungsbeitrag HSK Stand Etat 2010/2011 (Ratsbeschluss vom 29.04.2010)	0	0	518.300	951.900	981.300	1.008.450	1.025.350	1.025.250	1.025.350	1.025.250
weiterer Konsolidierungsbeitrag HSK Stand 1. Nachtrag 2010/2011 (Ratsbeschluss vom 09.12.2010)	0	0	406.950	-656.677	992.875	1.048.074	2.210.276	1.154.977	1.088.750	1.177.379
Zwischensumme	0	0	925.250	295.223	1.974.175	2.056.524	3.235.626	2.180.227	2.114.100	2.202.629
Veränderungen Entwurf 2. Nachtrag (siehe oben Gesamtsummen I und II)	0	0	0	-513.350	-690.700	-725.700	-580.700	-525.700	-475.700	-425.700
verbleibender Konsolidierungsbeitrag HSK Stand Entwurf 2. Nachtrag 2010/2011	0	0	925.250	-218.127	1.283.475	1.330.824	2.654.926	1.654.527	1.638.400	1.776.929

Fortschreibung Ergebnisplan bis 2017

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Steuern und ähnliche Abgaben	27.533.550	29.055.750	30.525.950	32.615.150	34.051.350	36.064.050	37.656.050	39.333.050
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.404.532	8.074.421	8.294.150	8.495.950	8.763.800	9.039.800	9.327.800	9.627.800
Sonstige Transfererträge	127.000	127.000	127.000	127.000	127.000	127.000	127.000	127.000
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.336.750	2.218.150	2.210.150	2.212.350	2.212.450	2.216.650	2.220.850	2.225.150
Privatrechtliche Leistungsentgelte	654.100	750.850	770.900	790.900	800.900	800.900	800.900	800.900
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.218.650	5.042.400	4.996.650	5.010.950	5.007.250	5.007.250	5.007.250	5.007.250
Sonstige ordentliche Erträge	3.044.766	3.372.654	4.364.930	4.251.468	4.225.888	3.235.617	3.235.617	3.235.617
Aktivierete Eigenleistungen	0	22.650	0	0	0	0	0	0
Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ordentliche Erträge	47.319.348	48.663.875	51.289.730	53.503.768	55.188.638	56.491.267	58.375.467	60.356.767
Personalaufwendungen	15.674.376	15.056.066	14.627.537	14.372.335	14.094.229	13.920.745	13.792.172	13.551.843
Versorgungsaufwendungen	1.991.292	2.234.500	2.286.000	2.337.000	2.378.134	1.878.530	1.878.530	1.878.530
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.482.154	10.763.575	10.328.125	10.436.475	10.373.475	10.373.475	10.373.475	10.373.475
Bilanzielle Abschreibungen	4.112.050	4.058.800	3.950.900	3.891.550	3.869.600	3.869.600	3.869.600	3.869.600
Transferaufwendungen	24.895.630	26.010.080	26.835.880	27.136.230	27.155.430	27.359.430	27.501.430	27.650.430
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.921.186	1.932.468	1.882.460	1.900.430	1.897.080	1.883.545	1.883.545	1.883.545
Ordentliche Aufwendungen	60.076.688	60.055.489	59.910.902	60.074.020	59.767.948	59.285.325	59.298.752	59.207.423
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-12.757.340	-11.391.614	-8.621.172	-6.570.252	-4.579.310	-2.794.058	-923.285	1.149.344
zzgl. Finanzerträge	3.312.650	3.541.800	3.566.950	3.589.300	3.675.750	3.725.750	3.775.750	3.825.750
abzgl. Finanzaufwendungen	3.071.000	2.979.000	3.013.000	2.920.000	2.871.000	2.871.000	2.871.000	2.871.000
Jahresergebnis	-12.515.690	-10.828.814	-8.067.222	-5.900.952	-3.774.560	-1.939.308	-18.535	+2.104.094



**Personalwirtschaftskonzept
der Stadt Schwelm
für die Jahre
2010 – 2017
-keine Änderungen -**

**Übersicht
über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten**

Art	Stand am Ende des Vorvorjahres	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres
	31.12.2008	01.01.2010	31.12.2010	31.12.2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	1	2	3	4
1. Anleihen				
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen*	49.871.590,78	48.283.649,62	45.783.313,51	44.176.828,33
2.1 von verbundenen Unternehmen				
2.2 von Beteiligungen				
2.3 von Sondervermögen				
2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.1 vom Bund				
2.4.2 vom Land				
2.4.3 Von Gemeinden (GV)				
2.4.4 von Zweckverbänden				
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich				
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen				
2.5 vom privaten Kreditmarkt *	49.871.590,78	48.283.649,62	45.783.313,51	44.176.828,33
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten *	49.871.590,78	48.283.649,62	45.783.313,51	44.176.828,33
2.5.2 von übrigen Kreditgebern				
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	36.532.783,48	47.872.381,93	57.222.667,57	70.000.000,00
3.1. vom öffentlichen Bereich				0,00
3.2 vom privaten Kreditmarkt	36.532.783,48	47.872.381,93	57.222.667,57	70.000.000,00
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen				
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.594.284,71	608.623,17	566.520,66	566.520,66
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	2.919.111,85	2.551.799,41	2.423.983,65	2.423.983,65
7. Sonstige Verbindlichkeiten	34.847,72	123.753,88	44.732,91	44.732,91
8. Summe aller Verbindlichkeiten	90.952.618,54	99.440.208,01	106.041.218,30	117.212.065,55
* Anteil TBS	26.397.797,18	25.155.419,31	23.865.936,32	22.517.905,43

Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals

Der Haushaltsplan ist gem. § 1 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung NW eine Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals beizufügen, wenn die Gemeinde die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und/oder die Verringerung der allgemeinen Rücklage plant.

Entwicklung des Eigenkapitals		
<u>Eigenkapital zum 31.12.2007</u>	<u>lt. Entwurf Eröffnungsbilanz</u>	51.675.584 €
<u>davon:</u>		
Allgemeine Rücklage	40.040.077 €	
Ausgleichsrücklage	11.635.507 €	
Sonderrücklagen	0 €	
voraussichtlicher Jahresfehlbetrag 2008		4.451.899 €
<u>Eigenkapital zum 31.12. 2008</u>		47.223.685 €
<u>davon:</u>		
Allgemeine Rücklage	40.040.077 €	
Ausgleichsrücklage	7.183.608 €	
Sonderrücklagen		
voraussichtlicher Jahresfehlbetrag 2009		13.331.677 €
<u>Eigenkapital zum 31.12. 2009</u>		33.892.008 €
<u>davon:</u>		
Allgemeine Rücklage	33.892.008 €	
Ausgleichsrücklage	0 €	
Sonderrücklagen	0 €	
geplanter Jahresfehlbetrag 2010		12.515.690 €
<u>Eigenkapital zum 31.12.2010</u>		21.376.318 €
<u>davon:</u>		
Allgemeine Rücklage	21.376.318 €	
Ausgleichsrücklage	0 €	
Sonderrücklagen	0 €	
geplanter Jahresfehlbetrag 2011		10.828.814 €
<u>Eigenkapital zum 31.12.2011</u>		10.547.504 €
<u>davon:</u>		
Allgemeine Rücklage	10.547.504 €	
Ausgleichsrücklage	0 €	
Sonderrücklagen	0 €	
geplanter Jahresfehlbetrag 2012		8.067.222 €

Eigenkapital zum 31.12.2012		2.480.282 €
<u>davon:</u>		
Allgemeine Rücklage	2.480.282 €	
Ausgleichsrücklage	0 €	
Sonderrücklagen	0 €	
geplanter Jahresfehlbetrag 2013		5.900.952 €
Eigenkapital zum 31.12.2013		-3.420.670 €
<u>davon:</u>		
Allgemeine Rücklage	-3.420.670 €	
Ausgleichsrücklage	0 €	
Sonderrücklagen	0 €	
geplanter Jahresfehlbetrag 2014		3.774.560 €
Eigenkapital zum 31.12.2014		-7.195.230 €
<u>davon:</u>		
Allgemeine Rücklage	-7.195.230 €	
Ausgleichsrücklage	0 €	
Sonderrücklagen	0 €	
geplanter Jahresfehlbetrag 2015		1.939.308 €
Eigenkapital zum 31.12.2015		-9.134.538 €
<u>davon:</u>		
Allgemeine Rücklage	-9.134.538 €	
Ausgleichsrücklage	0 €	
Sonderrücklagen	0 €	
geplanter Jahresfehlbetrag 2016		18.535 €
Eigenkapital zum 31.12.2016		-9.153.073 €
<u>davon:</u>		
Allgemeine Rücklage	-9.153.073 €	
Ausgleichsrücklage	0 €	
Sonderrücklagen	0 €	
geplanter Jahresüberschuss 2017		-2.104.094 €
Eigenkapital zum 31.12.2017		-7.048.979 €

**Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

Verpflichtungs- ermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres	Voraussichtlich fällige Auszahlungen			
	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
1	2	3	3	6
2010	253,3	0	0	0
2011	0	262,9	0	0
Summe	253,3	262,9	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> In der Finanzplanung vorge- sehene Kreditaufnahmen	996,00	525,25	0	0